

Militär-geschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Heft 3+4/2022

»German Angst«

Die nukleare Bedrohung
im Kalten Krieg

Menschlichkeit im Krieg?

Die Genese des Völkerrechts

Fall von Rhodos 1522

Wie die Johanniter zu Maltesern
wurden



Am Abgrund

Die Kubakrise 1962



ZMS BW
Zentrum für Militär-geschichte
und Sozialwissenschaften der
Bundeswehr

MILITÄR HISTORISCHES MUSEUM

Dresden



© picture alliance / AP Photo / Anja Niedringhaus

DIE BUNDESWEHR IN DER ÄRA MERKEL KRIEG UND FRIEDEN 2005–2021

ab 30. September 2022



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Besetzung wie auch der Beschuss des ukrainischen Atomkraftwerks Saporischschja in diesem Frühjahr und Sommer riefen der internationalen Gemeinschaft erneut die atomaren Gefahren in Erinnerung. Seit dem Ende des Kalten Krieges war die Bedrohung durch Nuklearwaffen aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden. Abermals wird im politischen Diskurs vom neuen »Kalten Krieg« gesprochen. Das regt dazu an, sich nochmals mit der Ära des »Kalten Krieges« samt dessen atomarer Bedrohung zu beschäftigen.

Eine der bedeutendsten Eskalationen zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion war die Kubakrise im Oktober 1962. Dieses Kräftemessen um die gegenseitige Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen auf Kuba und in der Türkei hätte in einen militärischen Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion, und damit im Atomkrieg, münden können. Selten war die Menschheit der eigenen Auslöschung so nahe wie in jenem Herbst. Damals war es die Vernunft der Regierungschefs, die durch Kommunikation mit der Gegenseite die festgefahrene Lage zu entspannen half. Die Kubakrise bietet sowohl für die Drohung einer außer Kontrolle geratenen Krise als auch für deren Lösung ein Beispiel und kann ferner zur Reflexion über Formen der Konfliktprävention einladen.

Die damit verflochtene öffentliche Debatte über das Für und Wider von Atomwaffen bildete ein bis dato nicht dagewesenes Novum. Eine Ursache dafür bestand in dem Wissen, dass derartige Waffen die Zivilbevölkerung substanzieller bedrohen als ein strategischer Luftkrieg. Neben der Mobilisierung der Bevölkerung zum Eigenschutz vor den Atomkriegsfolgen führten die öffentlichkeitswirksamen Proteste auch in der Bundesrepublik zum öffentlichen Diskurs. Auch der zweite Hauptbeitrag dieses Heftes regt zur kritischen Auseinandersetzung mit der militärischen – womöglich auch missbräuchlichen – Nutzung der Nukleartechnologie an.

In eigener Sache: Mit dem aktuellen Heft 3+4/2022 halten Sie eine Doppelnummer in Händen, die der Tatsache Rechnung trägt, dass das ZMSBw in diesem Jahr in Online-Dossiers und in gedruckter Form viele zusätzliche aktuelle Informationen zum Krieg in der Ukraine zur Verfügung gestellt hat. Am vierteljährlichen Erscheinungsrhythmus der Zeitschrift ändert sich nichts. Die nächste **Militärgeschichte** erscheint Anfang Januar als Heft 1/2023. Wenn Sie Abonnent sind, haben Sie eine ZMG-Sonderausgabe zum Krieg in der Ukraine zusammen mit diesem Heft erhalten.

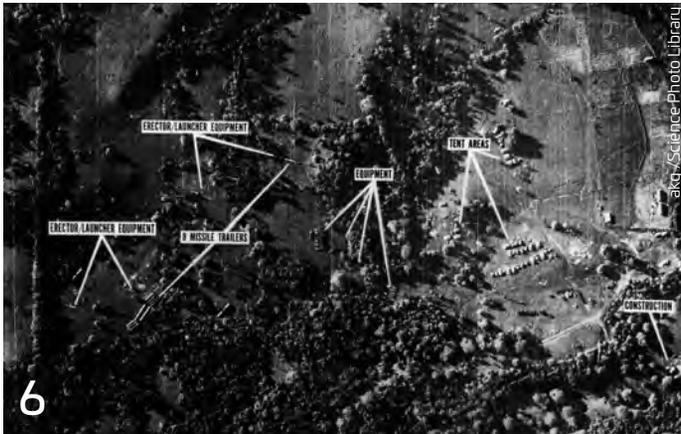
Die Redaktion möchte außerdem darüber informieren, dass es zukünftig ein neues und zugleich altes Redaktionsmitglied gibt. Cornelia Grosse wird die Funktion der geschäftsführenden Redakteurin übernehmen. Wir wünschen ihr alles Gute!

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir eine anregende und gleichzeitig nachdenkliche Lektüre.

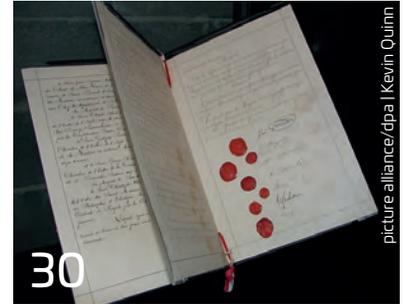
Andreas Eichner und Christian Jentzsch



Militärsgeschichte | Zeitschrift für historische Bildung



Schock für die US-Administration: Die Luftaufnahme vom 14. Oktober 1962 zeigt sowjetische nukleare Mittelstreckenraketen auf Kuba.



Ein Mindestmaß an Menschlichkeit: Originaldokument der ersten Genfer Konvention, die am 22. August 1864 unterzeichnet wurde.



Existenzielle Bedrohung: Nuklearwaffen erzeugten eine bisher unbekannte Angst vor dem Atomtod in der Bundesrepublik.



Krieg von 1866: Eine Detailszene aus der Schlacht von Königgrätz zeigt den Einsatz des Zündnadelgewehrs.



Galeere der Johanniterritter: Im Mittelmeer beteiligten sich die Ordensritter an Seekriegen, aber auch an Kaperfahrten gegen das Osmanische Reich.

Kämpfen können, um nicht
kämpfen zu müssen:
Die Verteidigung der
Bundesrepublik Deutschland
am Ende des Kalten Krieges.



Bundeswehrl / Matthias Zims 1985

Inhalt 3+4/2022

- 6 **KALTER KRIEG**
Die Kubakrise 1962
- 14 **IM BLICKPUNKT**
Landes- und Bündnisverteidigung am Ende
des Kalten Krieges
- 16 **KALTER KRIEG**
Angst im Kalten Krieg
Die atomare Bedrohung der Bundesrepublik
- 22 **MILITÄRGESCHICHTE IM BILD**
Die Brigade Gordon verteidigt den Swiepwald
- 24 **FRÜHE NEUZEIT**
Von Jerusalem nach Malta – Ritter zur See
Die Johanniter und der Fall von Rhodos 1522
- 28 **GESCHICHTE KOMPAKT**
Die (drei) Musketiere der Garde | vor 400 Jahren
Der Marsch auf Rom | 1922
Gründung der Sowjetunion | 1922
- 30 **RECHTSGESCHICHTE**
Menschlichkeit im Krieg
Die Entwicklung des Kriegsvölkerrechts
und des humanitären Völkerrechts
- 34 **SERVICE**
Bücher | Medien
Ausstellungen | Der besondere Tipp
Impressum

Die Kubakrise 1962

Die Kubakrise im Oktober 1962 war wohl die gefährlichste Krise des Kalten Krieges. Die Welt stand 13 Tage lang am atomaren Abgrund. Vieles von dem, was sich damals abgespielt hat, ist erst Jahrzehnte später bekannt geworden.

Von Rolf Steininger



picture alliance/dpa | UPI

Gefährlich nah: Ein Aufklärungsflugzeug der U.S. Navy vom Typ Lockheed P-3 Orion fliegt während der US-Seeblockade vor der Küste Costa Ricas über den sowjetischen Frachter »Metallurg Anosow« und den US-Zerstörer USS »Barry« (vorne).

Am 22. Oktober 1962, einem Montag, um 13:00 Uhr kündigte der Pressesprecher des Weißen Hauses in Washington für 19:00 Uhr etwas Ungewöhnliches an: eine Rundfunk- und Fernsehansprache des Präsidenten »von höchster nationaler Dringlichkeit«.

Sechs Stunden später teilte John F. Kennedy etwas Ungeheuerliches mit: Die Sowjetunion habe Atomraketen auf Kuba stationiert; jede dieser Raketen könne die meisten großen Städte der westlichen Hemisphäre, von der Hudson Bay in Kanada bis hinunter in den Süden nach Lima in Peru, treffen. Um den weiteren Aufbau der Abschussbasen zu stoppen, kündigte er eine »Quarantäne« an, eine Blockade gegen alle Schiffe, die offensiv-militärisches Material nach Kuba bringen wollten. Dann machte er unmissverständlich klar: »Sollte auch nur eine Rakete von Kuba aus abgeschossen werden, wird dies als ein Angriff der Sowjetunion auf die Vereinigten Staaten angesehen und zu einem massiven Vergeltungsschlag gegen die Sowjetunion führen.«

Eine Stunde zuvor, um 18:00 Uhr, war der sowjetische Botschafter in Washington, Anatoli Dobrynin, von Außenminister Dean Rusk über die Raketen informiert worden. Mittlerweile ist bekannt, was er nach Moskau berichtete: Er habe Rusk geantwortet, die Sowjetunion fürchte keine Drohungen und sei vorbereitet, sie auf angemessene Weise zu beantworten, falls die Stimme der Vernunft in den USA nicht überwiegen sollte.

DEFCON 2

Vom nächsten Tag an, dem 23. Oktober, galt für die US-Streitkräfte zum ersten Mal weltweit die Alarmstufe DEFCON 3 (*Defense Readiness Condition 3* – erhöhte Einsatzbereitschaft). Am 24. Oktober wurde für das Strategische Luftwaffenkommando SAC der USA (*Strategic Air Command*) die Alarmstufe auf DEFCON 2 – »Angriff steht unmittelbar bevor« – angehoben. Dies geschah zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte (DEFCON 1 hieß Atomkrieg).



Medienschlacht: Am 22. Oktober 1962 nutzt US-Präsident John F. Kennedy das Medium Fernsehen. Er verkündet eine Seeblockade, bis die sowjetischen Raketen Kuba verlassen hätten.

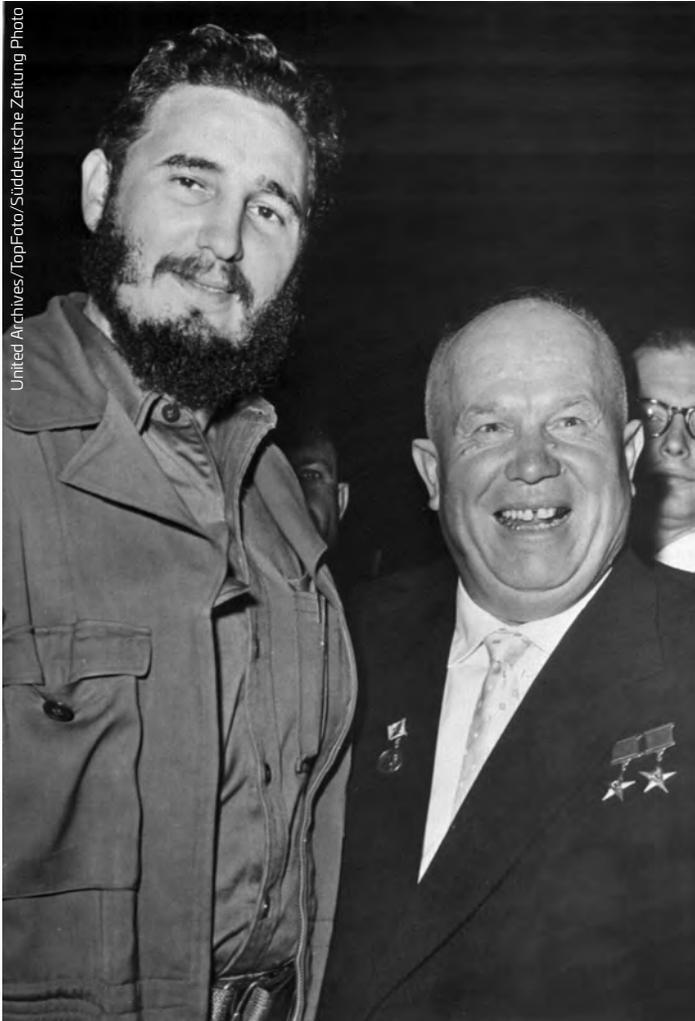
Das bedeutete: 204 atomar bestückte Interkontinentalraketen im Westen der USA wurden für den Start vorbereitet, zehn U-Boote mit insgesamt 112 Polaris- und acht Regulus-I-Raketen an Bord in die Reichweite der Sowjetunion beordert, weitere 200 Atombomben auf fünf Flugzeugträgern einsatzbereit gemacht; 62 B-52-Bomber mit 196 Wasserstoffbomben an Bord waren nun ständig in der Luft; die Piloten hatten versiegelte Umschläge mit den Einsatzbefehlen erhalten. 628 weitere Bomber mit mehr als 2000 Atombomben an Bord waren rund um die Welt in Alarmbereitschaft. Hinzu kamen 60 Thor-Raketen in Großbritannien und 30 Jupiter-Raketen in Italien – jeweils mit Atomsprenköpfen bestückt – und fünf Jupiter-Basen in der Türkei. Wäre es damals zur finalen Eskalation gekommen, wäre die Sowjetunion ausgelöscht worden – mit vielen Millionen Toten allerdings auf beiden Seiten.

Zur selben Zeit wurde im Ostblock für die Truppen des Warschauer Pakts erhöhte Gefechtsbereitschaft und für

die Streitkräfte der Sowjetunion volle Gefechtsbereitschaft (u.a. auch für die 500 000 Sowjetsoldaten in der DDR) angeordnet. Sechs Interkontinentalraketen wurden startklar gemacht, 100 Bomber aufgetankt. Der britische Premierminister Harold Macmillan schrieb in sein Tagebuch: »Dies ist der erste Tag der Weltkrise!« Genauso war es. Die Welt stand am Rande des Atomkrieges.

Schweinebucht, »Mongoose« und ORTSAC

Wie war es dazu gekommen? Zwischen Kuba, jener Insel, die nur 160 Kilometer vor Florida liegt, und den USA hatte es immer besondere Beziehungen gegeben. Nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 war Kuba in völlige Abhängigkeit von den USA geraten. Sie stützten lange Jahre den korrupten Diktator Fulgencio Batista, der 1959 von Fidel Castro gestürzt wurde, nachdem ein erster Versuch 1953 gescheitert war. Als Castro dann amerikanischen Besitz auf der Insel entschädigungslos enteig-



Enge Freunde: Fidel Castro und Nikita Chruschtschow lachten gemeinsam in die Kameras der Presse für ein gemeinsames Foto vor der Eröffnungsrede der UN-Vollversammlung am 21. September 1960. Es war ein sichtbarer Ausdruck der Verbundenheit und ein Signal an den Westen.

nete, brachen die USA die Beziehungen ab. Castro wandte sich Moskau zu, Kuba wurde vom Vorhof der USA zum Vorposten des Kremls, für Washington eine unerträgliche Situation. Man versuchte, Castro zu stürzen. Das führte zum Desaster in der Schweinebucht: Die von durch die CIA unterstützten Exil-Kubanern unternommene Invasion im April 1961 scheiterte kläglich.

Das Thema Invasion war für Washington damit aber nicht vom Tisch, im Gegenteil. Kennedy genehmigte im November 1961 die Operation »Mongoose«:

verdeckte Operationen zur Vorbereitung eines Aufstands auf Kuba mit anschließender Invasion und gegebenenfalls Ermordung Castros. Es war die bis dahin größte CIA-Operation. Im März 1962 wurde auf einer Karibikinsel das Landmanöver ORTSAC geübt (ORTSAC stand rückwärts gelesen für Castro). In Moskau und Havanna verstärkte sich der Eindruck, dass es früher oder später zu einer Invasion Kubas kommen werde.

Etwa zu diesem Zeitpunkt muss Staatschef Nikita Chruschtschow die Idee gekommen sein, Atomraketen auf

Kuba zu stationieren. Manches deutet darauf hin, dass es ihm um den Schutz Kubas vor einer Invasion ging. Damit verbunden war aber auch eine Veränderung des strategischen Kräfteverhältnisses, auch mit der Möglichkeit, neuen Druck in der Berlinfrage auszuüben. Eine Invasion Kubas hätte die Sowjetunion mit konventionellen Waffen nicht verhindern können. Mit Atomraketen auf der Insel sah das jedoch anders aus. Dabei war es allerdings eine kühne, ja gerade abenteuerliche Idee, zu glauben, dass die USA die Stationierung sowjetischer Atomraketen dort nicht entdecken würden. (80 Marschflugkörper, Cruise-Missiles, mit Atomsprengköpfen haben sie allerdings nicht entdeckt.)

Ende Mai 1962 wurde Fidel Castro der sowjetische Plan vorgelegt. Castro stimmte zu. Er ging davon aus, dass ein strategisches Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion hergestellt und eine amerikanische Invasion seiner Insel verhindert werde.

Operation »Anadyr«

Die entscheidende Sitzung des Präsidiums der KPdSU fand dann am 10. Juni 1962 statt, in der Verteidigungsminister Rodion Malinowski den Plan des Generalstabes erläuterte. Es ging um eine gigantische Aufrüstung Kubas: 24 Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 2080 Kilometern, 16 Interkontinentalraketen mit einer Reichweite von 4500 Kilometern, jeweils bestückt mit einem atomaren Sprengkopf in der Stärke einer Megatonne TNT (das entsprach der Stärke von 66 Hiroshima-Bomben). Weitere 20 Raketen sollten in Reserve gehalten und die 40 Raketen aus der Ukraine und Belarus abgezogen werden. Nach ihrer Aufstellung würde sich die Zahl der sowjetischen Atomraketen, die die USA treffen könnten, verdoppeln. Außerdem sollten zwei Bataillone mit T-55-Panzern, eine Staffel mit 40 der modernsten MiG-21-Kampfflugzeuge, und 42 Iljuschin-28-Bomber sowie zwei Marschflugkörper-Regimenter stationiert werden. Die 80 Marschflugkörper mit einer Reichweite von jeweils 50 Kilometern und bestückt mit atomaren

Sprengköpfen in der Größe einer Hiroshima-Bombe waren nur zur Abwehr einer amerikanischen Invasion auf Kuba sinnvoll einsetzbar. Auf der Insel sollte gleichzeitig eine Basis für Atom-U-Boote errichtet werden. Etwa 51 000 Soldaten waren dafür vorgesehen, davon 10 000 Kampftruppen.

Ende Juli begann die sowjetische Operation »Anadyr«, so genannt nach einem Fluss an der Pazifikküste Sibiriens und einer dortigen Luftwaffenbasis, von wo aus sowjetische Bomber die USA erreichen konnten. Damit sollte offensichtlich bei ausländischen Beobachtern Verwirrung gestiftet werden mit Blick auf die anlaufenden Militärtransporte. »Anadyr« war das größte amphibische Unternehmen in der Geschichte der Sowjetunion und gleichzeitig die größte sowjetische Geheimoperation des Kalten Krieges. Der Plan sah vor, dass die Raketen am 1. November 1962 einsatzbereit sein würden – wenige Tage vor den Kongresswahlen in den USA. 85 Schiffe standen zur Verfügung, die in sechs Häfen von Sewastopol bis Murmansk beladen wurden. Alles unterlag strengster Geheimhaltung. Kapitäne und Mannschaften kannten bis zum Atlantik das Ziel noch nicht. Sie mussten Winterkleidung und Skier mit sich füh-

ren, um jeden verfrühten Eindruck zu vermeiden, es ginge in die Karibik. Die Schiffe selbst waren als Holzfrachter getarnt, die Raketenteile in den Laderäumen versteckt. Jeder Kapitän hatte einen Briefumschlag, der im Beisein eines hohen KGB-Offiziers auf hoher See geöffnet wurde und die Anweisung enthielt, dass bei einem Angriff Ausweichmanöver durchgeführt, alle Dokumente vernichtet und notfalls das Schiff versenkt werden sollte. Die Geheimhaltung nahm teilweise kuriose Formen an: So mussten sich die Besatzungsmitglieder Bärte wachsen lassen, um wie kubanische Guerillas auszusehen.

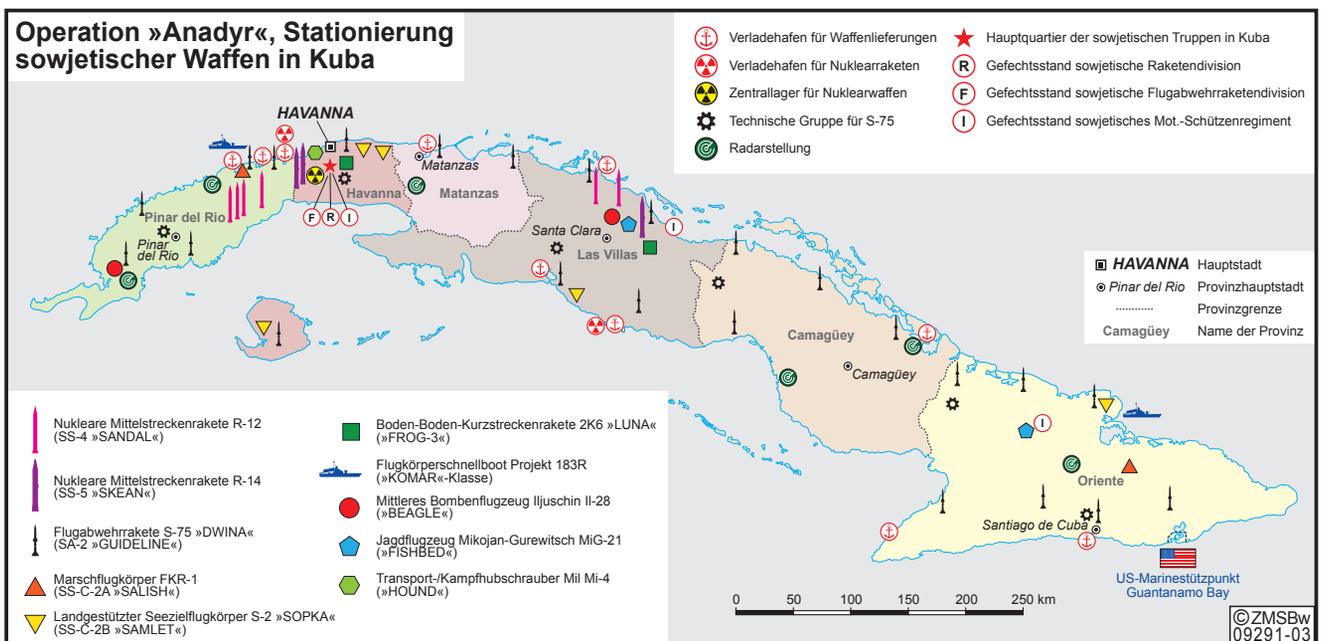
Falken und Tauben

Die USA führten damals regelmäßig Flüge mit dem Spionageflugzeug U-2 über Kuba durch, die Mitte September wegen schlechten Wetters unterbrochen worden waren. Erst am 14. Oktober war die Wetterlage so, dass wieder eine U-2 starten konnte. Als die Aufnahmen am nächsten Tag entwickelt wurden, zeigten sie die im Bau befindlichen Raketenstellungen.

Kennedy wurde am 16. Oktober um 9:00 Uhr informiert, um 11:50 Uhr fand bereits die erste Sitzung einer kleinen

Gruppe hochrangiger Diplomaten und Militärs statt, um die Lage zu erörtern. Dieses Exekutivkomitee, bekannt als *Excomm*, tagte in den folgenden zwei Wochen nahezu ununterbrochen.

Wir wissen inzwischen ziemlich genau, wie diese Beratungen abliefen. Unbemerkt von den Teilnehmern – möglicherweise mit Ausnahme seines Bruders Robert – hat Kennedy nämlich die Gespräche auf Tonband aufnehmen lassen. Erst 1997 sind sie veröffentlicht worden. Sie machen die ganze Dramatik jener Tage deutlich. Sie zeigen auch die zwei Lager in dieser Beratungsrunde, die Kriegsgegner »Tauben« und die Befürworter »Falken«. Beide Gruppen waren sich in einem Punkt einig: Die Raketen mussten weg, wie Kennedy in der ersten *Excomm*-Sitzung meinte. Die militärischen Berater plädierten von Anfang an für eine militärische Lösung, konnten allerdings die Zerstörung sämtlicher Raketenbasen nicht garantieren. Es war daher anfangs auch schon die Rede von einer Seeblockade. Die Frage war, wie die Sowjetunion auf eine solche Blockade reagieren würde: mit Angriffen gegen die Raketen in der Türkei oder mit Gegenmaßnahmen in West-Berlin? Am Ende entschied sich Kennedy für die Quarantäne, die er in der bereits er-





Krisensitzung: Am 29. Oktober 1962 traf sich Präsident Kennedy mit Mitgliedern des Executive Committee of the National Security Council (Excomm) im Oval Office. Auch am Rand gab es Zeit für Gespräche.

wählten Fernsehansprache am 22. Oktober bekannt gab. Drei Tage später stoppten zwar die sowjetischen Schiffe, aber für die USA war damit das Problem keinesfalls gelöst. An den Abschussrampen auf Kuba wurde nämlich mit Hochdruck weitergearbeitet.

Die Stabschefs wollten jetzt zwölf Stunden nach einem entsprechenden Befehl des Präsidenten angreifen. Geplant waren sieben Tage lang massive Luftangriffe, 1091 allein am ersten Tag, um die Raketenbasen, das Luftabwehrsystem und sämtliche Flugplätze zu zerstören. Es gab aber keine Garantie – und das blieb der entscheidende Punkt –,

dass beim ersten Luftangriff sämtliche Raketenbasen zerstört würden. Anschließend würde die Invasion mit 120 000 Soldaten durchgeführt. So gingen unabhängig von der noch ausstehenden finalen Entscheidung des Präsidenten die militärischen Vorbereitungen für eine Invasion Kubas weiter. Flugzeuge und Truppen wurden für alle sichtbar in Florida zusammengezogen. Die Marine hatte drei Flugzeugträger, zwei Schwere Kreuzer und sechs Zerstörer mit zahlreichen weiteren Versorgungsschiffen versammelt. Einige Kommandeure spielten dabei mit dem Gedanken, taktische Atomwaffen anzu-

fordern. Bei den Planern lief jedenfalls alles in Richtung militärische Lösung.

Inzwischen wurde bei den »Tauben« über ein Geschäft mit der Sowjetunion gesprochen, das Außenminister Rusk vorgeschlagen hatte: Abzug der Raketen aus Kuba, und als Gegenleistung keine Invasion und eventuell Abzug der Jupiter-Raketen aus der Türkei. Die Zusage zum Abzug dieser Raketen musste allerdings geheim bleiben, denn Kennedy wollte nicht den Eindruck erwecken, ohne Zustimmung der NATO-Partner über in einem anderen Land stationierte Raketen entschieden zu haben.

Der »Schwarze Samstag«

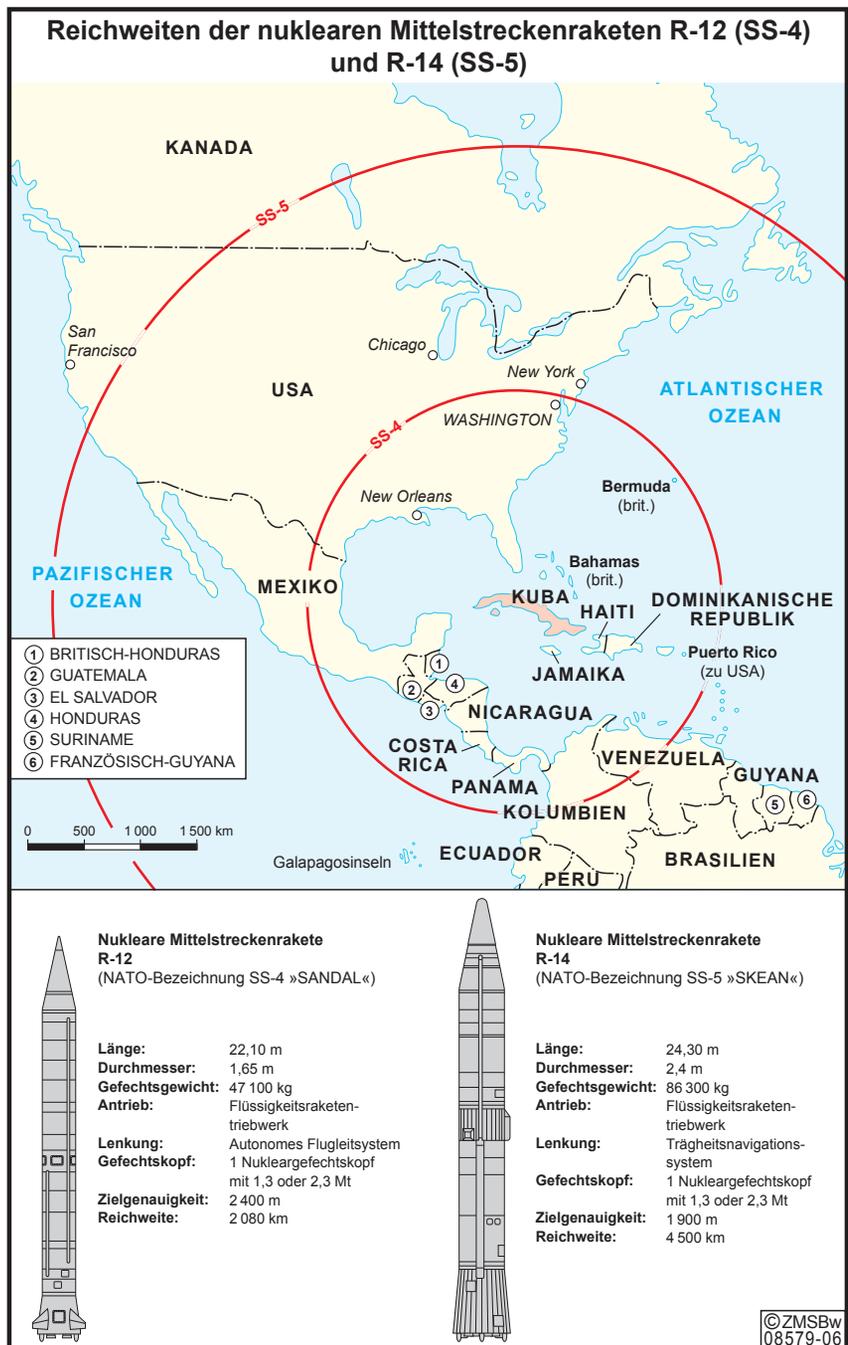
Der folgende Samstag, der 27. Oktober 1962, ist als der »Schwarze Samstag« in die Geschichte eingegangen und hätte in der Tat den schwärzesten Tag in der Geschichte der Menschheit einleiten können. Castro befürchtete eine amerikanische Invasion und drängte Chruschtschow am Morgen dieses Tages, einen Atomschlag gegen die USA zu führen.

Dann ging es Schlag auf Schlag. Eine amerikanische U-2 wurde über Kuba abgeschossen und der Pilot getötet. Das Excomm vermutete, dass Moskau den Befehl dazu gegeben hatte (was nicht zutraf, die USA aber nicht wussten). Im Excomm fiel der Satz: »Die Sowjets haben den ersten Schuss abgefeuert.« Eine weitere U-2 kam über Alaska vom Kurs ab und drang in den sowjetischen Luftraum ein. Die Sowjets mussten vermuten, dass dies ein letzter Spionageflug sein könnte, um die Ziele für den US-amerikanischen Erstschlags zu bestimmen. Mit Atomwaffen bestückte MiG-Abfangjäger stiegen auf, während US-Verteidigungsminister Robert McNamara schrie: »Dies bedeutet Krieg mit Russland.« Und Kennedy meinte: »Irgendein Idiot muss immer alles vermasseln.«

Das Glück war auf Seiten des U-2-Piloten: Das Kerosin ging zwar aus, aber er konnte in den US-amerikanischen Luftraum zurückgleiten; die MiG hatten ihn in 21 Kilometer Höhe nicht erreichen können. Was niemand im Excomm wusste: Gleichzeitig waren mit Atomwaffen bestückte US-Maschinen in Richtung U-2 aufgestiegen und deren Piloten hatten Befehlsgewalt, ihre Atomraketen abzufeuern. Nach dem Abschuss der U-2 über Kuba am Samstag forderten die amerikanischen Stabschefs, am Sonntag oder Montag einen massiven Schlag gegen sämtliche sowjetische Basen auf Kuba durchzuführen, falls die Raketen nicht vorher abgezogen würden. Kennedy widersprach nicht. Bei einem Nein drohte ein Absetzungsverfahren (*impeachment*). Am Montag würde der Angriff auf Kuba beginnen.

Die ungeheure Spannung der Situation wurde in dem Gespräch deutlich, das Robert Kennedy im Auftrag seines Bruders am Abend des 27. Oktober mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin führte. Die Botschaft, die er überbrachte, war einfach: keine Raketen auf Kuba, dafür keine Invasion. Er machte aber auch deutlich, unter welchem enormen Druck sein Bruder stand,

denn, so der Justizminister: »Es gibt viele unvernünftige Köpfe bei den Generälen, und nicht nur bei den Generälen, die auf einen Kampf brennen.« Gleichzeitig teilte er die Bereitschaft Kennedys mit, die Raketenbasen in der Türkei abzubauen. Dies dürfe allerdings nicht öffentlich geschehen und nicht offiziell Teil der Vereinbarung sein; man benötige dafür



vier bis fünf Monate. Die Zeit dränge, der Präsident brauche eine Antwort bis zum nächsten Morgen. Dies sei „eine Bitte, und kein Ultimatum“.

Die Antwort kam am Sonntagmorgen auf Kurzwelle über Radio Moskau – die einzige Möglichkeit, um Washington noch rechtzeitig vor Beginn der in Moskau befürchteten Invasion über die sowjetische Entscheidung zu informieren. Man wusste in Moskau, dass der Sender in Washington abgehört wurde. Chruschtschow ließ über Radio mitteilen, dass die sowjetische Regierung Anweisung erteilt habe, die Raketen auf Kuba zu demontieren, einzupacken und in die Sowjetunion zurückzubringen. In Washington gab es gleichzeitig Erleichterung und ungläubiges Staunen – und bei den Militärs Zweifel. Man habe einfach »schieres Glück« gehabt, wie Ver-

teidigungsminister McNamara später meinte.

Castro erfuhr aus dem Radio von der sowjetischen Entscheidung, nannte das Verrat und Chruschtschow im selben Atemzug »einen Bastard«. Der aber ließ Castro mitteilen, dass dessen Forderung nach einem Atomschlag gegen die USA außerordentlich alarmierend gewesen sei, denn: »Sie verstehen natürlich, wohin uns das geführt hätte. Es wäre nicht ein einfacher Angriff gewesen, sondern der Beginn eines atomaren Weltkrieges.« Die US-amerikanische Zusage hielt: Es gab keine Invasion mehr. Vom Abbau der Raketen in der Türkei erfuhr niemand etwas.

Kennedy sah trotzdem in der Öffentlichkeit wie der strahlende Sieger aus, der mit Härte die Krise gemeistert hatte. Die Schlussfolgerung daraus – man

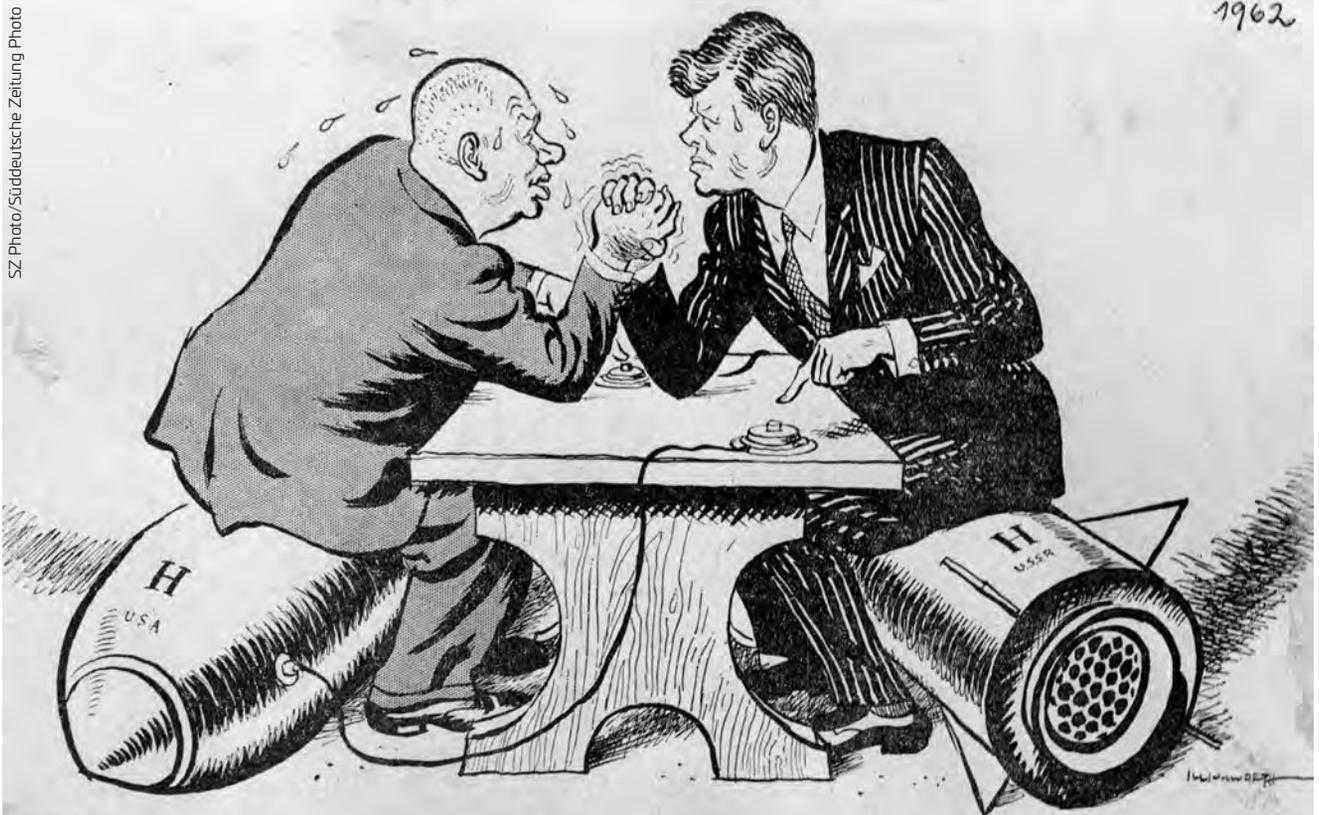
muss nur hart gegen Kommunisten sein, dann wird man siegen – führte auch mit in den Vietnamkrieg.

Was die Amerikaner 1962 nicht wussten

Die US-amerikanischen Militärs, die von Anfang an gewaltsam gegen Kuba vorgehen wollten und dafür vom Präsidenten am 27. Oktober, dem »Schwarzen Samstag«, für den 29. Oktober grünes Licht bekommen hatten, wussten Einiges nicht – und was auch erst seit einigen Jahren bekannt ist, Chruschtschow damals allerdings wusste.

Die USA besaßen keine Kenntnis davon, dass:

1. bereits acht Raketen mit Sprengköpfen einsatzbereit waren, Sprengkraft: jeweils 1 Million TNT (das



Kräfte messen am Zünder: Der sowjetische Regierungschef Nikita Chruschtschow und der US-Präsident John F. Kennedy sitzen auf Raketen, beide drohen damit, den Abschub der Raketen per Knopfdruck auszulösen. Zugleich messen sie ihre Kräfte beim Armdrücken miteinander.

- entsprach 66 Hiroshima-Bomben). Acht weitere Mittelstreckenraketen mit Atombomben standen in Reserve;
2. 80 sowjetische Marschflugkörper mit je einem Atomsprenkopf in Hiroshima-Stärke auf Kuba einsatzbereit waren;
 3. drei dieser Marschflugkörper für die Vernichtung der US-amerikanischen Marinebasis Guantanamo auf Kuba bereits in Stellung gebracht worden waren;
 4. die vier sowjetischen U-Boote, die sich Richtung Kuba bewegten und von US-Zerstörern verfolgt wurden, je einen Nukleartorpedo in Hiroshima-Stärke an Bord hatten. Als ein Zerstörer Wasserbomben auf das U-Boot B-59 warf, wusste man nicht, dass im U-Boot die Verbindung mit Moskau abbrach und der Kommandant den nuklearen Torpedo zum Abschuss vorbereiten ließ. Der Abschuss wurde von Offizieren an Bord verhindert, wie sowjetische Teilnehmer auf einer Konferenz in Havanna 1992 betonten;
 5. bereits 42 000 sowjetische Soldaten – Kampftruppen – auf der Insel waren (die US-Militärs vermuteten 6000–8000); und
 6. wo die Sowjets die Atombomben gelagert hatten.

Die gefährlichste Krise des Kalten Krieges?

Gegen ausdrückliche Befehle aus Moskau war am »Schwarzen Samstag« die U-2 von den Sowjets auf Kuba abgeschossen worden. Als Chruschtschow die entsprechende Mitteilung erhielt, war er außer sich und befürchtete, dass bei einer US-Invasion auch entsprechende Befehle mit Blick auf die Atomwaffen nicht befolgt und zur Rettung der eigenen Truppe auf Kuba die sowjetischen Cruise-Missiles eingesetzt werden würden. Das hätte zwangsläufig zum atomaren Gegenschlag der USA geführt – und zur Vernichtung der Sowjetunion.

Die KGB-Station in Washington hatte am Samstag eine für Sonntag, 12:00 Uhr,

angesetzte Pressekonferenz Kennedys gemeldet. Für Chruschtschow konnte das nur die Ankündigung der Invasion bedeuten. Er hielt Kennedy für zu schwach, um den Militärs widerstehen zu können, und befürchtete ernsthaft einen Regierungswechsel in den USA mit anschließendem Angriff auf Kuba.

Das musste um beinahe jeden Preis verhindert werden, daher die Frage, wie Moskau noch rechtzeitig Washington erreichen konnte. Da es keine direkte Verbindung gab, ging die Meldung über Radio Moskau. Anders als lange Zeit vermutet, wurde diese Entscheidung vom Politbüro ohne Kenntnis des Telegramms von Dobrynin über sein Gespräch mit Robert Kennedy getroffen. Als es eintraf und verlesen wurde, schien es lediglich die Richtigkeit der bereits getroffenen Entscheidung zu bestätigen.

Die Kubakrise trieb die Welt an den Rand eines Atomkrieges, den weder Chruschtschow noch Kennedy wollten. Wäre es zur US-amerikanischen Invasion Kubas gekommen, hätte das mit Sicherheit zur finalen Katastrophe geführt.

Eine Konsequenz aus der Konfrontation vom Oktober war im Sommer 1963 die Einrichtung des »heißen Drahtes«, eine direkte Fernschreibverbindung zwischen Weißem Haus und Kreml (dies zweimal von den Sowjets aktiviert wurde: 1967 im Sechstagekrieg und 1973 im Jom-Kippur-Krieg) sowie das Abkommen über ein Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser. Insofern waren die 13 Tage im Oktober 1962 auch für die Supermächte ein heilsamer Schock, möglicherweise sogar der Katalysator für eine kurzzeitige Entspannungspolitik.

Die Kubakrise war der letzte unmittelbare Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion. »Heiße Kriege« wurden von nun an auf Ersatzschauplätze verlegt. Das nannte man dann Stellvertreterkriege. Der Kreml zog nach dem Sturz Chruschtschows 1964 eine weitere Lehre aus der Krise: Wegen militärischer Unterlegenheit würde man nicht noch einmal nachgeben müssen. Moskau legte ein gigantisches Rüstungsprogramm auf, das zwar Mitte der 1970er

Jahre zum Gleichgewicht des Schreckens führte, die Sowjetunion aber letztlich in allen Bereichen überforderte. Ihr Ende war damit vorprogrammiert.

Als Gegenleistung für den Abbau der sowjetischen Raketen auf Kuba hatte es die Zusage der USA gegeben: keine Invasion. Die sollte allerdings nicht für alle Zeiten gelten. Als Castro 1975 etwa 60 000 Soldaten in den Bürgerkrieg nach Angola und Mosambik schickte, meinte US-Außenminister Henry Kissinger: »Wir können nicht dulden, dass eine kubanische Armee quer durch Afrika marschiert.« Und zu Präsident Gerald Ford im Beisein von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: »Ich denke, wir müssen Castro erledigen.« Ford stimmte zu (»I agree.«). Entsprechende Invasionspläne wurden dann allerdings vom neuen Präsidenten Jimmy Carter gestoppt.

Kuba blieb für die USA das, was der Sprecher des außenpolitischen Senatsausschusses, J. William Fulbright, 1961 zu Kennedy gesagt hatte: »Ein Stachel im Fleisch, aber kein Dolch im Herzen.« Unzählige Versuche der CIA, Castro zu töten, scheiterten allerdings. Mit 90 Jahren starb er 2016 eines natürlichen Todes.

Prof. (em.) Dr. Rolf Steininger war langjähriger Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. www.rolfsteininger.at und auf YouTube unter Rolf Steininger.

Literaturtipps

Reiner Pommerin, *Die Kubakrise 1962*, Stuttgart 2022.

Rolf Steininger, *Der Kalte Krieg 1945–1991*, Innsbruck/Wien/Bozen 2019.

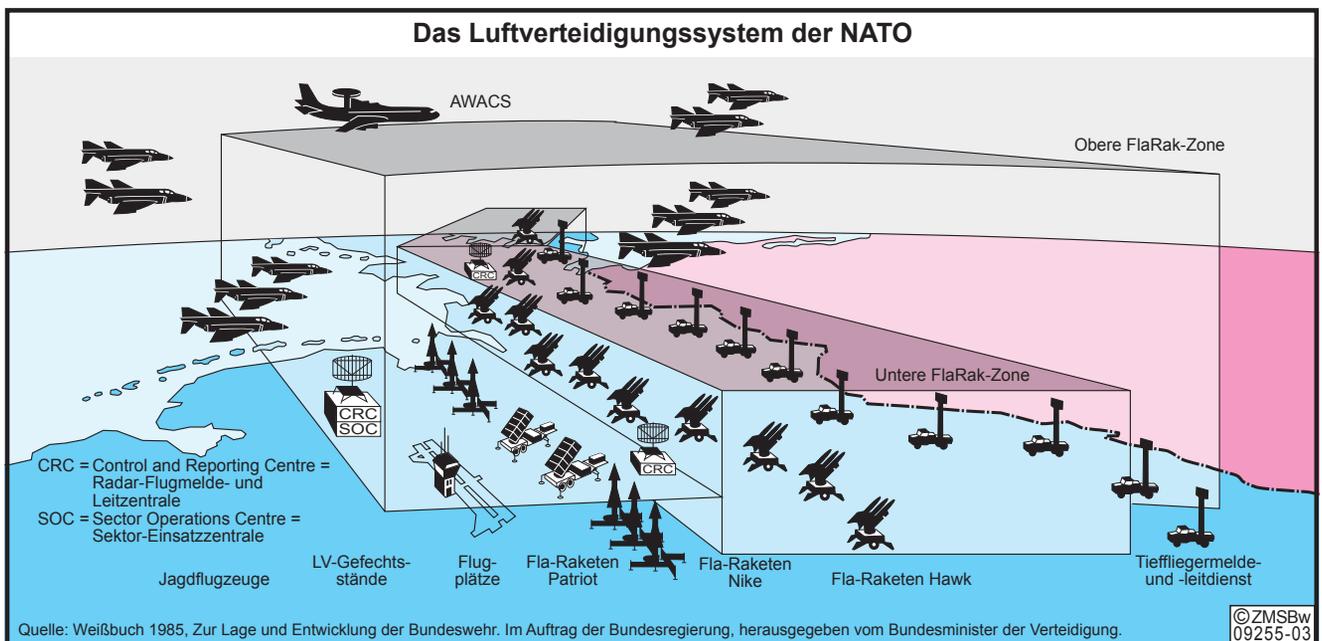
Rolf Steininger, *Die Kubakrise*. 16.–28.10.1962, Erfurt 2019 (erhältlich bei der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen).

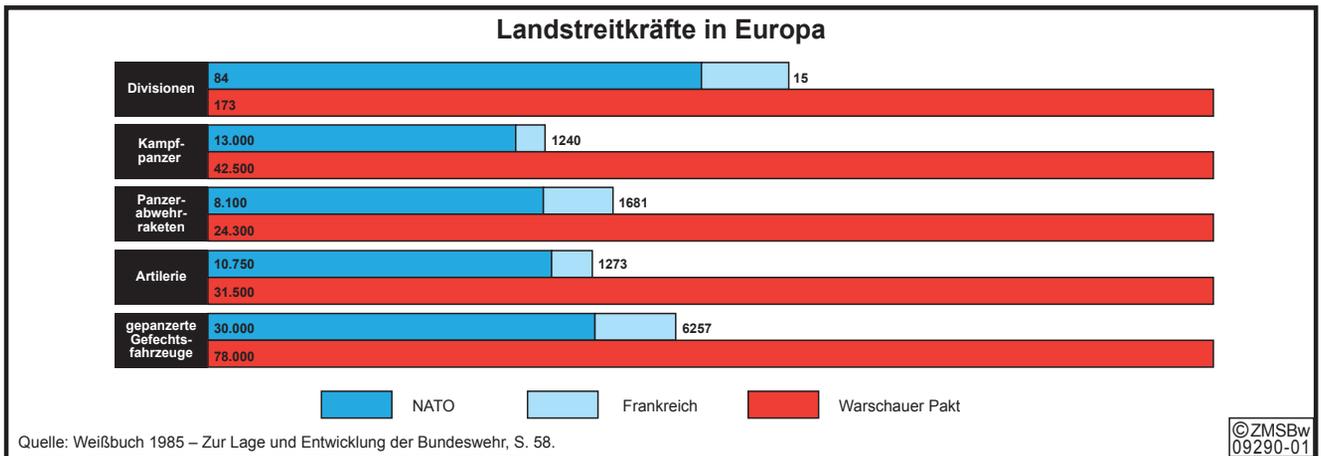
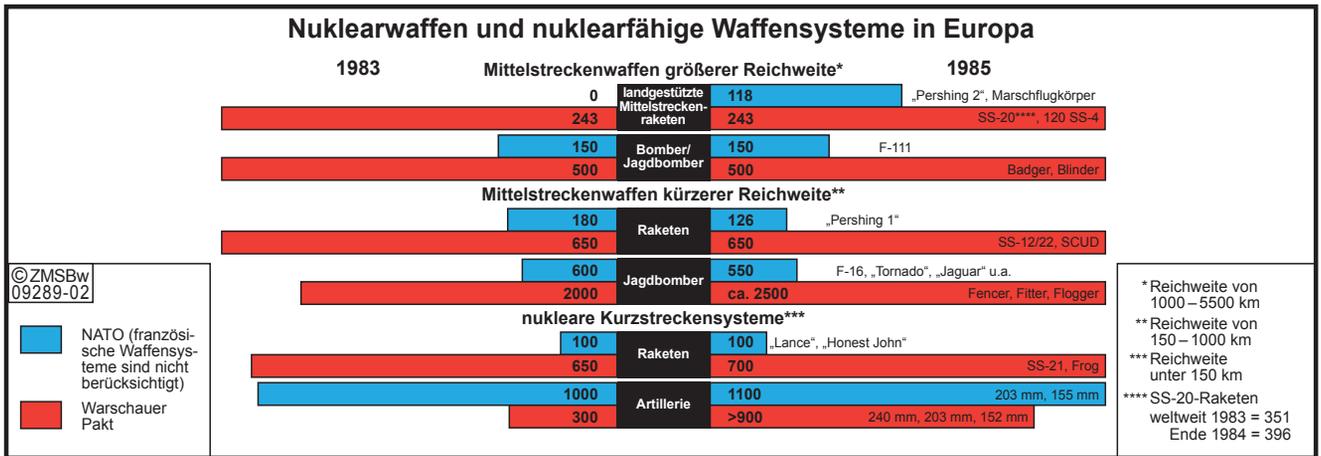
Landes- und Bündnisverteidigung am Ende des Kalten Krieges



Verteidigung der Bundesrepublik

In der Mitte der 1980er Jahre besaß der Warschauer Pakt eine erdrückende Überlegenheit gegenüber der NATO an nuklearen und konventionellen Waffensystemen in Europa. Dem begegnete die Allianz organisatorisch und mit modernen Technologien. Die Verteidigung der Bundesrepublik erforderte während des Kalten Krieges eine enge Verflechtung der Bundeswehr mit den Truppen der NATO-Verbündeten. Eine alleinige Verteidigung durch die Bundeswehr war strukturell nicht vorgesehen. Die deutschen Hoheitsgewässer gehörten zum NATO-Kommandobereich der Ostseezugänge, in denen die Bundesmarine und die dänische Marine operierten. Der Luftraum wurde durch die alliierten taktischen Luftflotten kontrolliert. An Land standen von Nord nach Süd jeweils abwechselnd alliierte und deutsche Korps in der sogenannten »Schichttorte«. Dabei unterstanden die alliierten Truppen südlich der Elbe dem NATO-Kommando Mitteleuropa und nördlich davon, inklusive der gesamten Bundesmarine, dem Kommando Nordeuropa. Landesverteidigung war somit auch immer Bündnisverteidigung. *Christian Jentzsch*





Das SACEUR-Agreement

Am 9. Februar 1977 unterzeichneten für die Bundesrepublik Deutschland der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Gehlhoff, und der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Harald Wust, zusammen mit dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa (Supreme Allied Commander Europe, SACEUR), General Alexander Haig, in Bonn das SACEUR-Agreement.

In dem Abkommen wurden dem SACEUR die Planung, Vorbereitung und Führung von Operationen zur Verteidigung der Bundesrepublik übertragen. Dabei müssten sich die Befugnisse des SACEUR im Rahmen des deutschen Rechts bewegen. Fernerhin informiere der SACEUR die Bundesregierung über die Operationen und seine Absichten, während die Bundesregierung den SACEUR über die nationale Lage unterrichte. Am folgenden Tag, dem 10. Februar 1977, trat das Abkommen in Kraft. *Andreas Eichner*



General Alexander Haig war von 1974 bis 1979 NATO-Oberbefehlshaber in Europa.

Angst im Kalten Krieg

Die atomare Bedrohung der Bundesrepublik

Es gibt einen feststehenden Ausdruck, der selbst im englischsprachigen Ausland gebräuchlich ist: die »German Angst«. Er bezieht sich auf scheinbar spezifisch deutsche Unsicherheiten und Bedenken im Hinblick auf Krisenlagen und Sicherheitsfragen, etwa die Klimakrise, Herausforderungen durch Migration und Digitalisierung oder Pandemien. Während des Kalten Krieges bezog sich diese »German Angst« in besonderem Maß auf einen drohenden Atomkrieg.

Von Cornelia Juliane Grosse



Atomare Gefechtsfeldwaffen: Erstmalsiger Test einer M65-Atomkanone (»Atomic Annie«) in Nye County, Nevada, USA, Mai 1953.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges veränderte die Welt. Das nationalsozialistische Deutschland und seine Verbündeten waren besiegt worden, doch ein neuer Krieg zog herauf: der Kalte Krieg. Ein Eiserner Vorhang ging über Europa nieder. Seit 1955 bedrohten sich in der Folge die NATO und der Warschauer Pakt unter ihren Führungsmächten, den USA und der Sowjetunion, unmittelbar an der innerdeutschen Grenze mit ihren wachsenden Waffenarsenalen.

Im Zentrum des Sturms

Geprägt war dieser Konflikt der Systeme dadurch, dass beide Bündnisse über atomare Waffen verfügten. Am 16. Juli 1945 hatte die Forschergruppe um Robert J. Oppenheimer auf dem amerikanischen Testgelände in Alamogordo, New Mexico, erstmals erfolgreich eine Atomwaffe gezündet. Kurz darauf kamen diese neuen Waffen auf dem asiatischen Kriegsschauplatz in Hiroshima und Nagasaki die bislang einzigen Male zum Einsatz. Denn während in Europa der Zweite Weltkrieg seit dem 8. Mai 1945 zu Ende war, wurde auf dem asiatischen Kriegsschauplatz noch gekämpft. Selbst die massiven Bombardierungen Tokios im März 1945 hatten Japan nicht zur Kapitulation bewegen können. Die US-Regierung beschloss in der Folge, die neu entwickelte Waffe dort einzusetzen.

»Jetzt bin ich zum Tod geworden, der Zerstörer der Welten.«

Robert J. Oppenheimer im Angesicht der ersten Atombombenexplosion, 16. Juli 1945.

Am 6. und am 9. August 1945 trafen je eine Atomwaffe mit Größenordnungen von 13 und 22 Kilotonnen die japani-

schen Städte Hiroshima und Nagasaki und richteten Zerstörungen ungeahnten Ausmaßes an. In Hiroshima wurden durch die ausgelöste Druckwelle und den anschließenden Feuersturm etwa 60 Prozent der Stadt vernichtet. Im Umkreis von einem Kilometer wirkte die radioaktive Strahlung tödlich. Die genauen Opferzahlen sind umstritten, doch etwa zwei Drittel der Einwohner Hiroshimas starben durch die Auswirkungen der Atombombe. In Nagasaki waren die Zerstörungen und Opferzahlen ähnlich dramatisch.

Die atomaren Waffen wurden nun zum zentralen Bezugspunkt der militärischen Planungen, aber auch zahlreicher öffentlicher Debatten. Denn die Ängste im Kalten Krieg waren in erster Linie mit dieser neuartigen Massenvernichtungswaffe, ihrem ungeahnten Zerstörungspotenzial und den von ihr ausgehenden unsichtbaren Gefahren in Form der radioaktiven Strahlung verbunden.

Schlachtfeld Bundesrepublik

Mit der Aufstellung der Bundeswehr und dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO 1955 erhielt diese Tatsache vermehrt Aufmerksamkeit in der westdeutschen Bevölkerung. Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte im Vorfeld des NATO-Beitritts für die Bundesrepublik auf die Herstellung von ABC-Waffen verzichtet. Dies bedeutete indes nicht, dass sie vom Einsatz dieser Waffen in einem möglichen Dritten Weltkrieg verschont geblieben wäre – im Gegenteil. Zeitgenössische NATO-Übungen, deren Ergebnisse in der Presse veröffentlicht wurden, verdeutlichten die Konsequenzen eines militärischen Schlagabtauschs für die westdeutsche Bevölkerung. Bei der Übung »Carte Blanche« wurde beispielsweise der Abwurf von 268 Atombomben binnen sechs Tagen auf Deutschland simuliert. Man rechnete mit 1,7 Millionen Toten und 3,7 Millionen Verletzten. 1957 bestätigte die Übung »Lion Noir« zudem Befürchtungen, dass die Mehrheit der auf die westdeutschen Ziele niedergehenden atomaren Waffen nicht von sowjeti-

schen, sondern von NATO-Streitkräften abgefeuert werden würde.

Ursächlich hierfür war, dass der NATO zu diesem Zeitpunkt nicht annähernd ausreichend konventionelle Truppen und Waffen in Westeuropa zur Verfügung standen, um einen sowjetischen Angriff aufhalten zu können. In der NATO plante man zum damaligen Zeitpunkt eine Verteidigungslinie frühestens entlang der Rhein-Ijssel-Linie. Erst allmählich entwickelte sich die »Vorverteidigung«, welche vorsah, die Truppen des Warschauer Paktes unmittelbar entlang der innerdeutschen Grenze zu stoppen. Die frühen Szenarien der beweglich bis zum Rhein geführten Verteidigung machten die Bundesrepublik in der Folge vollständig zur »Kampfzone«.

Kampf dem Atomtod

Taktische Nuklearwaffen wurden als entscheidendes Instrument bewertet, um in dieser Ausgangslage den Vormarsch der Sowjetunion aufzuhalten. Sie konnten eine Größenordnung haben, die durchaus an die der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki heranreichte. Mit der Zeit wurden die konkreten Auswirkungen der nuklearen Waffen, vor allem die Gefahren durch die unsichtbare radioaktive Strahlung, einer immer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

Großen Einfluss hatte in dieser Hinsicht das sogenannte Göttinger Manifest vom April 1957. In ihm äußerten sich 18 renommierte Kernforscher, unter ihnen Max Born, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker, zum unbegrenzten Zerstörungspotenzial der Atomwaffen, das »die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich schon heute ausrotten« könne. Sie plädierten dafür, dass die Bundesrepublik daher ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichten sollte.

Die Auswirkungen des Einsatzes von mehreren hundert solcher Waffen auf westdeutschem Gebiet, wie es die NATO-Übungen aufgezeigt hatten, beschworen nun apokalyptische Bilder herauf. Dies schürte Bedrohungsgefühle

in der Bevölkerung. In der Folge entstanden Protestbewegungen, welche diese atomaren Schreckensszenarien und die damit einhergehenden Ängste kanalisieren.

Die vermutlich bekannteste Protestbewegung war die sich 1957 formierende »Kampf dem Atomtod«-Initiative. Sie setzte sich zum Ziel, die geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Trägersystemen für taktische Atomwaffen und deren Stationierung in Westdeutschland zu verhindern. Im Rahmen zahlreicher Kundgebungen versammelten sich im Frühjahr 1958 insgesamt etwa 1,5 Millionen Menschen.

Ein vergleichbares Engagement entstand im Hinblick auf die atomare Bedrohung erst wieder in den 1980er Jahren im Rahmen der Friedensbewegung, die vor allem die Nachrüstung im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses (1979) verhindern wollte.

Beide Bewegungen stützten sich auf ein breites Bündnis in der Zivilgesellschaft, an dem sich unter anderem Teile der SPD, der Gewerkschaften, der Kirchen, zahlreiche Schriftsteller und Wissenschaftler beteiligten. Selbst in der Bundeswehr schlossen sich 1983 zu meist jüngere Unteroffiziere und Offiziere im sogenannten Darmstädter Sig-

nal zusammen und forderten »Frieden schaffen mit immer weniger Waffen«.

Besser rot als tot?

Dabei wurden die nuklearen Ängste auch gegen diejenigen vor dem Kommunismus ausgespielt. Während die Einen in diesem die größere Gefahr sahen und daher die Atomwaffen als Schutz vor dieser existenziellen Bedrohung für unabdingbar hielten, bevorzugten die Anderen »lieber rot als tot« zu sein.

Die »Kampf dem Atomtod«-Bewegung ebte zwar alsbald wieder ab, doch die mit ihr in Zusammenhang stehen-



Ziviler Protest: Angehörige der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken tragen zu der Demonstration zum 1. Mai 1958 auf der Tauentzienstraße in West-Berlin ein Transparent mit der Losung »Kampf dem Atomtod!«.

den unterschweligen Ängste blieben bestehen. Hierzu trugen auch zahlreiche Krisensituationen bei, die der Bevölkerung die nukleare Bedrohung immer wieder neu vor Augen führten, beispielsweise die Doppelkrise des Jahres 1956, in welcher der damalige Vorsitzende des sowjetischen Ministerrats Nikolai Bulganin zeitweise mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen westeuropäische Hauptstädte drohte, oder die Kubakrise von 1962, welche die gesamte Welt an den Rand eines Atomkrieges führte (zur Kubakrise siehe den Beitrag ab S. 6).

Zudem verbanden sich die nach 1945 weltweit verbreiteten nuklearen Ängste in der Bundesrepublik mit zwei besonderen Umständen: den Erfahrungen des strategischen Bombenkrieges im Zweiten Weltkrieg und den Erwartungen, dass die Bundesrepublik in einem möglichen nuklear geführten Dritten Weltkrieg zum zentralen Kriegsschauplatz werden würde. Unter den Vorzeichen einer Bedrohung mit atomaren Waffen war nun erst recht keine klare Trennung von »Front« und »Heimat« mehr möglich. Der nukleare Krieg konnte direkt vor der eigenen Haustür ausgetragen werden. Die Verbindungslinie zwischen der katastrophalen Vergangenheitserfahrung und der apokalyptischen Zukunftserwartung prägte die angstbesetzten Gegenwartseindrücke der Deutschen im Kalten Krieg.

Die Regierung musste es sich daher zum Ziel machen, den durch die permanente Bedrohungslage in der gesamten Bevölkerung und damit auch in den Streitkräften vorherrschenden Ängsten aktiv entgegenzutreten.

Emotionsmanagement

In der Folge gab es zahlreiche sehr unterschiedliche Versuche, den nuklearen Ängsten zu begegnen. Deren teilweise Widersprüchlichkeit verweist auf das große Dilemma, das dem Umgang mit diesen Ängsten zugrunde lag: Denn die Glaubwürdigkeit des Konzepts der Abschreckung lebte gerade von der Aufrechterhaltung der Ängste. Die Auswirkungen eines Einsatzes von atomaren Waffen, der nicht nur den Angegrif-

Die 5 Wirkweisen von Atomwaffen:

1. **Lichtblitz:** Auswirkungen abhängig von der Wetterlage. Kann zu temporärer Erblindung führen.
2. **Hitzestrahlung:** Erreicht Temperaturen von mehreren Millionen Grad Celsius, die noch in mehreren Kilometern Entfernung zu schwersten Verbrennungen führen können; Auslösen von Feuerherden, die weitere Schäden verursachen; die Ausdehnung heißer Gase im Explosionszentrum ist ursächlich für den, für nukleare Explosionen charakteristischen, pilzförmigen Feuerball (*mushroom cloud*).
3. **Druckwelle:** Verursacht größte unmittelbare physische Zerstörungen im Umkreis von mehreren Kilometern. Auf einen starken Überdruck folgt ein Unterdruck, der eine Sogwirkung zum Explosionszentrum hin verursacht und Feuerstürme begünstigen kann.
4. **Radioaktive Strahlung:** Zu unterscheiden sind die radioaktive Anfangsstrahlung und der radioaktive Niederschlag (*fallout*). Die Anfangsstrahlung ist tödlich. Der Fallout, der insbesondere bei bodennahen Explosionen entsteht, ist nicht sichtbar und kann großen Schaden im menschlichen Körper verursachen. Er löst die sogenannte Strahlenkrankheit aus. Deren Verlauf und langfristige Schäden wie etwa Krebserkrankungen hängen von der Dosis der aufgenommenen radioaktiven Partikel ab. Die radioaktive Strahlung kann grundsätzlich jegliche Materie durchdringen, verschiedene Materialien vermindern diesen Effekt unterschiedlich gut.
5. **Elektromagnetischer Impuls (EMP):** Der EMP hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Menschen. Er führt jedoch zum Ausfall von Elektronik und computergesteuerter Technik, weshalb er ab den 1980er Jahren an Bedeutung gewann.

fenen, sondern in einem gesicherten Gegenschlag immer auch den Angreifer treffen oder vollständig zerstören würde (*mutually assured destruction*), sollten letztlich helfen, den Frieden zu sichern, indem sie von einem Einsatz von Atomwaffen abschreckten. Die Kosten eines Angriffs mussten dessen Nutzen immer übersteigen.

Andererseits wurde für den Fall eines Krieges eine »angemessene« Reaktion der eigenen Zivilbevölkerung auf einen nuklearen Angriff mit als kriegsentscheidend bewertet. Insbesondere panikartige Fluchtbewegungen mussten verhindert werden. Hierfür war es wiederum notwendig, die nuklearen Ängste sowohl in der Bundeswehr als auch in der Zivilbevölkerung einzudämmen.

Dass die gesamte Bevölkerung und nicht nur das Militär geschult und vorbereitet wurde, war von großer Bedeutung. Denn insbesondere in Deutschland ging man für den Fall eines atomar geführten Dritten Weltkrieges von einem weitgehenden Zusammenbruch der kritischen Infrastruktur aus. Die Bundesrepublik wäre voraussichtlich frühzeitig in vier Kampf- und Versor-

gungsinselfen aufgespalten worden: Schleswig-Holstein, Nord- und Süddeutschland beiderseits der Linie Fulda-Frankfurt am Main sowie Westdeutschland westlich des Rheins wären durch schnelle feindliche Vorstöße voneinander abgeschnitten gewesen. Innerhalb dieser Gebiete wären die meisten Menschen wiederum auf sich selbst gestellt gewesen. Um aber eine Chance auf ein Überleben zu haben und die eigenen militärischen Operationen zugleich nicht zu gefährden, war die mentale Widerstandsfähigkeit aller beteiligten Akteure unabdingbar. Da die Bundesrepublik insgesamt als »Kampfzone« galt, betraf dies in der Folge jede und jeden.

Zwischen dem Konzept der Abschreckung und der Notwendigkeit, die nuklearen Ängste abzumildern, entstand ein kaum auflösbarer Gegensatz.

»Golgatha des deutschen Volkes«

Die Bundeswehrführung setzte sich daher innerhalb der NATO vehement und wiederholt für einen begrenzten Einsatz von atomaren Waffen ein. Schließlich



Atomtest 1951: Soldaten der 11th Airborne Division knien am Boden und schauen auf die aufsteigende Pilzwolke eines Atomtests am Frenchman's Flat im November 1951.

wollte sie der Bevölkerung eine realistische Überlebenschance verschaffen. Andernfalls, so stellte es 1960 der damalige Brigadegeneral Albert Schnez, Chef des Stabes im Führungstab der Streitkräfte, fest, führt der »Sieg der freien Welt« nur über ein »Golgotha des deutschen Volkes«. Die christliche Symbolik verwies gezielt auf das Martyrium Jesu.

Den Militärplanern war bewusst, dass die Operationsfreiheit der NATO in der Bundesrepublik nur gewährleistet werden könnte, wenn diese nicht zugleich gegen einen millionenstarken Flüchtlingsstrom würde ankämpfen müssen.

Da die Bundeswehrführung jedoch keinerlei Verfügungsgewalt über atomare Waffen besaß, waren die Einflussmöglichkeiten auf diesem Gebiet letztlich begrenzt. Das Prinzip der »nuklearen Teilhabe« sah lediglich vor, dass dem

Einsatz atomarer Waffen Konsultationen zwischen den USA und den betroffenen Staaten vorausgehen sollten.

Die einzige Option war daher, zügig die eigenen konventionellen Truppen so stark zu machen, dass das Gegengewicht zum Warschauer Pakt verstärkt und ein Einsatz von Atomwaffen in größerem Umfang unnötig würde.

Als eine weitere Strategie wurde die Stärkung der Resilienz in der Bevölkerung und bei den Soldaten angestrebt, indem sie mit den Atomwaffen und deren Auswirkungen vertraut gemacht wurden.

Nukleare Teilnahme

Im militärischen Bereich erfolgte dies in erster Linie über Schulungen im Umgang mit ABC-Lagen. Die Dekon-

taminierung von nuklear verstrahlten Gebieten war eine zentrale Aufgabe, die sowohl für die Handlungsfähigkeit des Militärs in einem Kriegsszenario als auch für die Zivilbevölkerung von existenzieller Bedeutung war.

In den USA und in der Sowjetunion gab es darüber hinaus zahlreiche Atombombentests, denen Soldaten beiwohnten. Sie sollten auf diese Weise an die reale Erfahrung einer Atombombenexplosion gewöhnt werden, um im Ernstfall nicht von Panik erfasst oder von der schier Dimension einer atomaren Explosion überwältigt zu werden. Über die Jahre wurden hunderttausende Soldaten meist aus einer Distanz von nur wenigen Kilometern Zeugen dieser Tests. Im Anschluss gab es zahlreiche Veröffentlichungen, die betonten, dass die Soldaten durch Schutzmaßnahmen »weder vom Hitzeblitz, noch von der Sogwirkung, noch von der Radioaktivität getroffen« worden seien.

Auch die Bevölkerung wurde bewusst mit den Bildern von Atompilzen konfrontiert. Zahlreiche Sender übertrugen die nuklearen Tests, die in Deutschland in der Wochenschau gezeigt wurden und über das Fernsehen vermehrt auch in die deutschen Wohnzimmer gelangten. Die Tests wurden als »Medienspektakel« inszeniert.

Die Zielsetzung dieser Bilder und Worte war eindeutig: Was einem vertraut ist, sollte weniger Angst bereiten.

Atome für den Frieden

Diese Form der Gewöhnung wurde durch die Strategie der Verharmlosung und Umdeutung ergänzt. So bemühte sich Bundeskanzler Adenauer etwa darum, die Bedeutung der nuklearen Waffen herunterzuspielen. Diese seien, so stellte er am 5. April 1957 auf einer Pressekonferenz fest, schlicht »nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie«.

Frühzeitig gab es auch Versuche, die scheinbar unendlichen Möglichkeiten der friedlichen Nutzung der atomaren Technologie herauszustellen und ihr dadurch die furchteinflößende Komponente zu nehmen. Ab Mitte der 1950er

Mit Ironie und Sarkasmus: Das Programm der Münchner Lach- und Schießgesellschaft »Jeder hat eine Chance« im Jahr 1962 mit (l-r) Hans J. Diedrich, Ursula Noack, Dieter Hildebrandt und Jürgen Scheller. Im Ausschnitt online unter: <https://www.hi.uni-stuttgart.de/gnt/ausstellungen/hiroshima/tests/Ausschnitt.mp3>.



picture-alliance/dpa | Klaus Heißer

Jahre wurde hierzu das »Atoms for Peace«-Programm vorangetrieben, indem eine große Bandbreite ziviler Nukleartechnologien entwickelt, genutzt und vor allem auch beworben werden sollten. Vom atomaren Flugzeugantrieb bis zum »Atomauto« für jedermann schien nun alles möglich.

»Jeder hat eine Chance«

Neben Maßnahmen der Zivilen Verteidigung, wie etwa den Aufbau eines Warndienstes oder der Entwicklung von Plänen für die Einrichtung von Schutzräumen, dienten Aufklärungskampagnen gleichermaßen dem Ziel, die Ängste vor den Auswirkungen eines nuklearen Krieges einzudämmen. Die bekannteste von ihnen ist wohl die 1961 herausgegebene Broschüre »Jeder hat eine Chance«. In recht nüchterner Sprache wurden hier objektive Informationen zu den Wirkweisen der atomaren Waffen und den möglichen Schutzmaßnahmen vermittelt. Außerdem nannte die Broschüre »Beispiele der Bewährung«. Ein Bericht erzählte von einem Betroffenen, der sogar beide Atomwaffenangriffe in Japan überlebt habe. Vor

allem das korrekte Verhalten im Notfall habe demnach die Rettung gebracht. Dass in der Broschüre für den Fall eines nuklearen Überraschungsangriffs eine Aktentasche über dem Kopf als Schutz gegen eine Atombombenexplosion vorgeschlagen wurde, hat indes nicht gerade zu einer positiven Resonanz auf derartige Hilfsangebote geführt.

Dass die Bemühungen einer Abmilderung von nuklearen Ängsten insgesamt nur bedingt Wirkung entfalten konnten, hatte vielfältige Ursachen. Für die Bundesrepublik änderte sich während des Kalten Krieges wenig an der militärischen Bedrohungslage, auch nicht durch die Einführung der Strategie der *Flexible Response* 1967/68. Wenngleich diese nun Eskalationsstufen vorsah, die einen vollumfänglichen Atomkrieg verhindern sollten, war die Bundesrepublik weiterhin vom massiven Einsatz taktischer Atomwaffen bedroht.

Auch populäre Darstellungen schürten die Ängste vor der nuklearen Apokalypse. Filme wie *On the Beach* (1959) oder *The Day After* (1983) vermittelten den gesamten Kalten Krieg hindurch einem breiten Publikum – und darunter befanden sich natürlich sowohl Angehörige

der Bundeswehr als auch der Zivilbevölkerung – die Schrecken einer nuklear verstrahlten postapokalyptischen Welt und hielten damit die Ängste vor dieser Bedrohung wach.

Die Möglichkeit der Auslöschung allein durch einen Bruchteil der vorhandenen Nuklearwaffen hing während des gesamten Kalten Krieges hindurch wie ein Damoklesschwert über der gesamten Menschheit. Auch heute ist diese Gefahr nicht gebannt – die Menschen lernten, wie es der Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker bereits 1958 festhielt, letztlich nur allmählich besser, »mit der Bombe zu leben«.

Cornelia Juliane Grosse ist promovierte Historikerin und forscht zur Geschichte des Kalten Krieges und der Bundeswehr.

Literaturtipps

Bernd Greiner, *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009.

Frank Biess, *Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, Reinbek 2019.

Die Brigade Gordon verteidigt den Swiepwald

Von Christian Jentzsch

Das Aquarell des preußischen Historienmalers Carl Röchling (1855–1920) veranschaulicht ein entscheidendes Kapitel deutscher Militärgeschichte. In seinen Auftragswerken setzte er oft die Wünsche seiner Kunden, wie Kaiser Wilhelm II. oder dem Gardeoffizierkorps, um. Deshalb stellen die Bilder zumeist einen entscheidenden Zeitpunkt eines siegreichen Gefechts oder eine heroische Tat dar. Röchling beobachtete mehrere Gefechtshandlungen selbst, studierte vor der Komposition seiner Werke historische Quellen und sichtete vorhandene Ausrüstung. Weil die Details alle sehr präzise und genau recherchiert waren, erweckten die Bilder den Eindruck, dass die dargestellten historischen Szenen exakt dem Ablauf des Gefechts entsprachen, und trugen daher mitunter selbst zur Mythenbildung bei.

Doch was ist auf diesem Gemälde mit dem Titel »Die Brigade Gordon (27. und 67. Inf.Reg.) verteidigt den Swiepwald bei Cistowes« aus dem Jahre 1894 dargestellt? Cistowes (Čistěves) ist ein Ort im heutigen Tschechien in der Nähe von Königgrätz (heute Hradec Králové): Es handelt sich um ein Gefecht während der Schlacht von Königgrätz am 3. Juli 1866. Im Vordergrund steht eine Linienformation preußischer Soldaten im Feuergefecht. Die roten Schulterklappen ohne Paspelierung kennzeichnen sie als Angehörige des preußischen IV. Armeekorps. Auf den Schulterklappen ist die gelbe 27 zu erkennen. Somit handelt es sich um das 2. Magdeburgische Infanterieregiment Nummer 27 (IR 27). Dieses focht in der 14. Brigade Generalmajors Helmuth von Gordon als Teil der 7. Infanteriedivision, welche von Generalleutnant Eduard von Fransecky kommandiert wurde. Diese Division bildete am 3. Juli den linken Flügel der preußischen I. Armee. Während die I. Armee die österreichische Verteidigungsstellung auf der Höhe von Chlum angriff, bewegte sich nordwestlich davon die 7. Division im Norden des Swiepwalds vor. Generalleutnant Fransecky griff die darin befindlichen Vorposten des österreichischen IV. Korps an und besetzte den Wald. Dabei stießen die drei Bataillone des IR 27 bis in den südlich des Waldes gelegenen Ort Cistowes vor. Während des gesamten Vormittags griffen das österreichische IV. Korps und später das II. Korps den Wald an, den Fransecky nun mit seinen zwölf Bataillonen verteidigte. Im Swiepwald führten die preußi-

schen Truppen mit dem ab 1842 eingeführten Zündnadelgewehr erfolgreich ein Abwehrgefecht, weil sie schneller schießen konnten als ihre Gegner und in Deckung waren. In verzweifelten Bajonettangriffen versuchten die Österreicher, das Feuer der Preußen unter hohen Verlusten zu unterlaufen.

Auftrag der beiden österreichischen Korps auf dem österreichischen rechten Flügel war die Sicherung in Richtung Norden, um die später am Tag eintreffende preußische 2. Armee aufzuhalten, während der österreichische Befehlshaber, Feldzeugmeister Ludwig von Benedek, mit den Hauptkräften die Entscheidung im Zentrum gegen die 1. Armee suchte. Doch bis Mittag hatten sich 40 von 49 österreichischen Bataillonen beider Korps am Swiepwald abgekämpft und konnten der aus Norden anmarschierenden 2. Armee kaum mehr Widerstand entgegensetzen. Die 1. Gardedivision der 2. Armee stürmte in die österreichische Flanke und zwang Benedek nach dem Einsatz seiner Reserven zum Rückzug. Die Schlacht war für Österreich verloren und auch der Krieg. Österreich büßte seine Vorrangstellung im Deutschen Bund ein und Preußen einte das Deutsche Reich 1871 ohne Österreich in der sogenannten kleindeutschen Lösung. Warum die beiden österreichischen Korps den Swiepwald ohne Befehl angriffen, ist bis heute nicht geklärt.

Auf dem Aquarell steht die Linie des IR 27 an der Südseite des Waldes und bekämpft im Feuergefecht die Österreicher, die ihren Angriff anscheinend schon abgebrochen haben. Im Hintergrund ist die Ortschaft Cistowes durch ein Haus angedeutet. Der gegnerische Angriff wurde erfolgreich abgewehrt. Es handelt sich also um einen jener Momente, der nach preußischer Diktion die Schlacht mitentschied. Ob das Bataillon tatsächlich dort in Linienformation focht, ist unbekannt. Aber das Aquarell suggeriert dadurch eine hohe preußische Disziplin. Mit dem eigentlich unübersichtlichen Gefecht im und am Swiepwald hatte das wenig zu tun. Das sollte das Bild aber auch nicht darstellen.

Tod und Verwundung sind lediglich durch die gefallenen Österreicher schemenhaft im Hintergrund und die getroffenen Musketiere vorn links angedeutet sowie durch die Granateinschläge im Wald und in der mittleren Schützenlinie. Insgesamt verlor das Regiment an diesem Tag 469 Soldaten. ■



Dreyse-Zündnadelgewehr M1841 mit dem dazugehörigen Tüllenbajonett M1841. Das Bajonett wurde aufgefingert geführt, so wie auf dem Aquarell dargestellt.



akg-images

Röchling
1851

»Die Brigade Gordon (27. u. 67. Inf. Reg.) verteidigt den Swiep-Wald bei Cischkowes (sic)« (Cistowes, heute Čistěves). Farbdruck, 1894, nach einem Aquarell von Carl Röchling (1855–1920).



Links am Koppel wurde das Faschinenmesser M1852 in der Scheide getragen. Dabei handelte es sich um ein Hiebmesser mit 490 mm langer Klinge.



Die Soldaten tragen einen solchen Lederhelm mit Spitze M1860: die umgangssprachliche Pickelhaube. Dieses ist ein Helm für Mannschaften des 2. Pommerschen (Colberg) Grenadier-Regiment Nr. 9.

Weitere Detailbeschreibungen

Die Soldaten tragen eine graue Hose mit roter Paspel, ein Paar Stiefel und ein blauer Uniformrock bildeten die Uniform. Auf dem Rücken der Musketiere sitzt ein Felltornister mit weißen Lederriemen. Am weißen Koppel sind vorn zwei schwarze Patronentaschen für je 40 Patronen befestigt. Weitere 40 Patronen wurden im Tornister verstaut. Der graue Mantel wurde zusammengerollt über dem Rumpf getragen. Dadurch schützte er auch vor Hieb-

waffen. Ein weißer Brotbeutel hängt auf der linken Seite und darüber die in Leder gehüllte Trinkflasche. Das Essgeschirr über dem Tornister vervollständigte die Ausrüstung. Einige Soldaten tragen eine Mütze auf dem Kopf, das »Krätzchen«, den Vorgänger der heutigen Feldmütze. Anscheinend handelt es sich dabei um Soldaten des Füsilierbataillons, denn sie tragen auch das schwarze Lederzeug der Füsilier und dunkelgraues Essgeschirr, welches nicht so stark reflektierte. Ihre Ausrüstung wurde schon durch gedecktere Farben dem aufgelösten Schützengefecht angepasst.

MHM, Andrea Ulke

Von Jerusalem nach Malta – Ritter zur See

Die Johanniter und der Fall von Rhodos 1522

Viele kennen die Rettungswagen mit dem weißen Kreuz auf rotem Grund. Doch die Wenigsten wissen, dass es sich dabei um das Wappen eines Ritterordens handelt. Dessen Mitglieder kämpften über Jahrhunderte sowohl vom Pferderücken als auch von Kriegsschiffsbrücken aus.

Von Christian Jentzsch



picture alliance / imageBROKER | Hartmut Schmidt



Sturm auf Rhodos: Das Historien Gemälde von Eloi Firmin Féron, gefertigt 1840, zeigt die Eroberung von Rhodos durch den Johanniterorden 1310. Die Ordensritter tragen im Krieg rote Waffenröcke mit weißem Kreuz.

Keiner der drei großen römisch-katholischen Ritterorden der Johanniter, Deutschritter und Templer war so mit dem Meer und der Seefahrt verbunden wie die Johanniter. Er ist der älteste der drei und hatte seinen Ursprung in einer Spitalbruderschaft des 11. Jahrhunderts zur Pflege von Pilgern in Jerusalem. Nach der Einnahme Jerusalems am Ende des Ersten Kreuzzuges 1099 wandelte sich seine Bedeutung. Dem Beispiel der Templer folgend, entwickelte er sich in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts zu einem geistlichen Ritterorden. Das Ende der Ära derselben im Königreich Jerusalem markierte der Fall von Akkon am 18. Mai 1291. Sultan al-Aschraf Khalil war nicht nur militärisch erfolgreich, sondern übte auch Rache an den ihm so verhassten Orden. Nur wenige überlebten die Eroberung der Stadt, darunter auch der verwundete Großmeister der Johanniter Jean de Villiers, der mit einigen Getreuen auf der Insel Zypern ein Exil fand. Fast in Sichtweite des »Heiligen Landes« war

das »Paradies der Christenheit« wieder verloren. Zusammen mit den Templern gewährte der König Zyperns, Heinrich II., maximal 70 Johannitern und zehn dienenden Rittern Asyl. Die wichtigste Besitzung des Ordens auf Zypern war dessen Niederlassung in Limassol. Aus diesem Grund wurde dort sein neuer Sitz eingerichtet.

Die Niederlage der Ritter und der Verlust des »Heiligen Landes« führten zu einer Sinnkrise: Welche Funktion hätten Ritterorden in Zukunft, wenn es keine Pilger mehr zu beschützen galt? Papst Nikolaus IV. riet daher, sich auf die militärische Seefahrt zu verlegen, denn der Weg zur Rückeroberung Jerusalems wäre nur mit Schiffen möglich. Der Versuch, zu einem neuen Kreuzzug auszurufen, misslang. Der Deutsche Orden fand unterdessen ein neues Tätigkeitsfeld im Baltikum, aus dem später der Ordensstaat (Preußen bzw. Ostpreußen) hervorging. Der Templerorden wurde seit 1307 massiv vom französischen König Philip IV., der Schöne, bekämpft, was

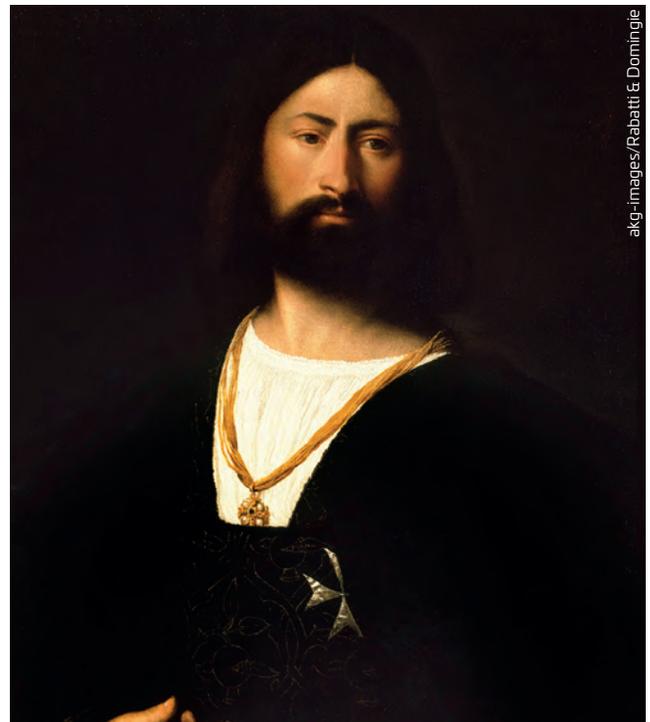
1312 in der Auflösung des Ordens durch Papst Clemens V. mündete. Nutznießer waren die Johanniter, denn sie bekamen den Besitz der Templer zugesprochen.

Rhodos – die neue Heimat

Parallel zu dieser Entwicklung hatten sich die heimatlos gewordenen Johanniter schon nach einem neuen Ordenssitz umgesehen und waren mit der zum Byzantinischen Reich gehörenden Insel Rhodos fündig geworden. 1306 unterbreitete der genuesische Händler Vignolo de Vignoli dem Großmeister das Angebot, die Insel gemeinsam zu erobern. Umstrittene Herrschaftsansprüche des Genuesen, die er nicht allein durchsetzen konnte, bildeten die Grundlage für seine Offerte. In einem Vertrag wurde festgehalten, dass die Johanniter als Gegenleistung für die Hilfe die Inseln Kos, Leros und Rhodos behalten durften. Nur einen Monat später stachen 35 Johanniter, leichte Kavallerie, die Turkopolen genannt wurde, und etwa



Verteidiger von Rhodos: Großmeister Villiers de l'Isle-Adam wurde erst 1521 in das Amt gewählt und war der letzte Amtsinhaber auf Rhodos.



Schlicht und einheitlich: Ordensritter im schwarzen Gewand mit silbernem Tatenkreuz. Die Ritterorden waren mit die ersten uniform gekleideten Militärverbände des Mittelalters und der Frühen Neuzeit.

500 Bewaffnete auf zwei Galeeren in Richtung Rhodos in See. Vignoli selbst steuerte ebenfalls zwei Schiffe bei. Die Überraschung gelang und die Eroberer besetzten die Insel, ohne aber die Stadt Rhodos in die Hand zu bekommen. Zu stark war der byzantinische Widerstand. Papst Clemens V. rief deshalb zu einem »kleinen Kreuzzug« auf. Er hoffte darauf, dass Rhodos die Basis zur Rückeroberung Jerusalems werden würde. Etwa 250 Ritter und 3000 Fußkämpfer schlossen sich dem »Kreuzzug« an und eroberten die Hafenstadt um 1309. Damit hatten die Johanniter eine neue Heimat für die nächsten 213 Jahre gefunden und hießen seitdem auch »Rhodesier«.

Fortan tauschten die Ritterbrüder nach und nach die Pferderücken gegen die Brücke der Galeeren. Die nunmehrige Inselheimat gebot es, eine eigene Seestreitmacht zu betreiben. Vorherrschender Kriegsschiffstyp waren Galeeren – also geruderte Schiffe. Der Aufstieg des Osmanischen Reiches am Ende des 14. Jahrhunderts machte den Orden auch weiterhin zu einem wichtigen christlichen Bollwerk im östlichen Mittelmeer. Spätestens die Eroberung Konstantinopels 1453 beendete die bisherige christliche Prägung dieser Region zu Gunsten des Islam.

Eine feste Burg

Doch nicht nur maritim, sondern auch strukturell und kulturell war der Orden auf Rhodos heimisch geworden. Bis heute prägt die Architektur der Johanniter die Hauptstadt. Den Mittelpunkt bildeten der Palast des Großmeisters und die Herbergen der einzelnen Zungen – heute Nationalitäten entsprechend – der Ritter. Doch militärisch wichtiger war die Befestigung der Insel. Dazu wurden die alten Burgmauern der damals modernsten Waffentechnik angepasst. Ab dem 15. Jahrhundert gewann die Artillerie bei Belagerungen immer mehr an Bedeutung. Schließlich hatten die Osmanen 1453 mit Kanonen die über ein Jahrtausend als uneinnehmbar geltenden Mauern Konstantinopels sturmreif geschossen. Und dem trug der Orden Rechnung, indem er die Mauern durch moderne Festungselemente, wie Rondelle und Bastionen, verstärkte.

Strategische Bedeutung besaß der Schutz des Hafens. Deshalb wurde er ausgebaut und durch Türme sowie Forts gesichert. Zur maritimen Infrastruktur gehörten Arsenalen, Depots und Werften. Die Docks im Hafengelände waren überdacht und dienten der Ausbesserung und Wartung der Galeeren des Ordens.

Aber nicht nur die Stadt und der Hafen, sondern auch das Umfeld der Hauptstadt wurde durch Befestigungen gesichert. Rhodos wurde zu einer wichtigen Verteidigungsanlage und diente als Umschlagplatz für den Handel zwischen dem christlichen Okzident (Westen) und dem islamischen Orient (Osten), weshalb die Wirtschaft eine Blüte erlebte. Weil die Ritter und Ordensangehörigen nur eine kleine Oberschicht bildeten, blieb der Großteil der Bevölkerung griechisch-orthodox; nur die Oberschicht war römisch-katholisch geprägt. Außerdem gab es eine jüdische Gemeinde und die Gruppe der Sklaven. Letztere waren vor allem muslimische Kriegsgefangene, die als Rudersklaven oder im Festungsbau sowie in der Landwirtschaft dienten. Der Sklavenhandel war ein wichtiger Wirtschaftsfaktor des christlichen Ritterordens.

Kampf um Rhodos

Dieses Stachels im Osten des mediterranen Raumes suchte sich das Osmanische Reich mit der Eroberung von Rhodos schließlich zu entledigen. Im Mai 1480 begann Sultan Mehmed II. die Invasion. Dazu entsandte er mehr als 70 000 Mann auf etwa 170 Schiffen inklusive 17



Bastion der Christenheit: Palast des Großmeisters des Johanniterordens in Rhodos-Stadt.

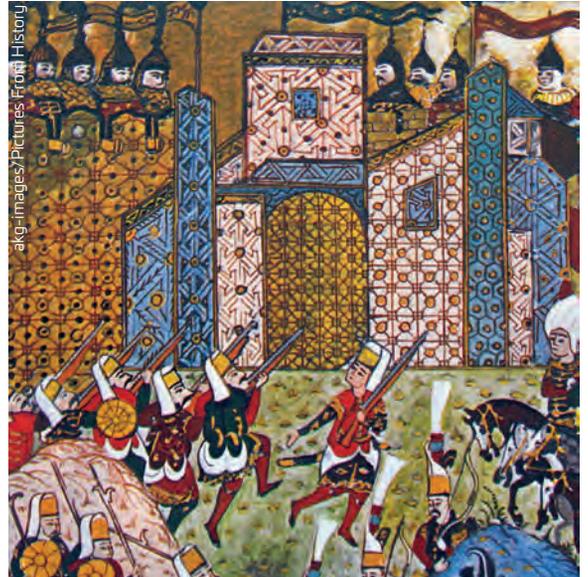
schweren Geschützen gegen die Insel. Trotz der massiven Überlegenheit und schwerer Bombardements gelang es ihm nicht, die etwa 300 Ordensritter und 4000 anderen Kämpfer zu besiegen. Die Belagerung musste nach nur 89 Tagen erfolglos abgebrochen werden. Die Befestigungsanlagen hatten ihre Funktion erfüllt: 9000 Gegner sollen gefallen und 15 000 verwundet worden sein.

1481 erschütterte ein Erdbeben die Insel, weshalb neben den Kampfschäden auch weitere Anlagen der Festung in standgesetzt werden mussten. Dabei wurden sie auf Basis der Belagerungserfahrung verbessert. Die Kapertätigkeit der Johanniter auf den Seewegen im östlichen Mittelmeer rückte diese erneut in den Fokus des Sultans. Süleyman, genannt der »Prächtige«, erteilte seinem Schwager Mustafa Pascha den Auftrag, Rhodos zu erobern. Dafür versammelte er bis zu 400 Schiffe und mehr als 150 000 Mann an Truppen. Ende Juni 1522 erschien die osmanische Invasionsflotte vor Rhodos.

Großmeister Villiers de l'Isle-Adam konnte nur etwa 500 Ordensritter und 4500 Bewaffnete aufbieten. Der Angriff erfolgte nach Plan. Vierzehn Tagen nach Beginn der Blockade des Hafens eröffneten die Osmanen das Artilleriefeuer und hoben Belagerungsgräben sowie mit Schwarzpulver gefüllte Tunnel zum Schlagen von Breschen aus. Mit der Anlandung Sultan Süleymans am 28. Juli nahm die Intensität der Kämpfe weiter zu. Doch der Festungskampf führte nicht zum gewünschten Erfolg. Deshalb befahl Mustafa Pascha am 24. September einen blutigen Sturmangriff, bei dem eine von spanischen Rittern verteidigte Bastion mehrmals die Seiten wechselte. Die Kämpfe waren so intensiv, dass am Ende wohl mehr als 15 000 osmanische Krieger tot auf dem Schlachtfeld zurückblieben. Süleyman setzte Mustafa Pascha ab und verurteilte ihn zum Tode, begnadigte ihn aber später. Ende November erfolgte ein weiterer großer, letztlich aber erfolgloser Ansturm.

Hingegen zeigte die Blockade Erfolg, denn die Stadtbewohner und die Kämpfer litten an Hunger und erhielten keinen Nachschub. Aber auch das bisher

Janitscharen stürmen:
Die Eliteeinheit war maßgeblich an der Belagerung von Rhodos 1522 beteiligt. Der Johanniterorden verlor die Insel und zog nach Malta. Die osmanische Miniatur zeigt die Johanniteritter hinter den Zinnen.



sieglose osmanische Heer schrumpfte durch Krankheiten infolge des schlechten Wetters und Verluste in den Kämpfen dahin. In den Reihen der Ordensmitglieder sank die Hoffnung auf Erfolg. Der Großkanzler d'Amaral nahm sogar im Geheimen Kontakt mit dem Sultan auf, weshalb er am 5. November wegen Hochverrats geköpft wurde. Infolge der Auszehrung schwand der Kampfeswille in der Stadt zusehends. Daher ging der Großmeister am 10. Dezember erstmals auf ein Angebot des Sultans ein und akzeptierte wenigstens einen dreitägigen Waffenstillstand. Doch ohne Schießpulver erschien ein weiterer Kampf aussichtslos, während die Osmanen ihre Bombardements wieder aufnahmen. Deshalb akzeptierte der Orden am 20. Dezember 1522 die Übergabe der Stadt, gegen freies Geleit innerhalb der folgenden zwölf Tage. Der Sultan stellte dem Orden bei Bedarf sogar seine Schiffe für den Transport zur Verfügung. Hingegen gewährte er den Stadtbewohnern drei Jahre Zeit um die Stadt zu verlassen, Religionsfreiheit, erließ ihnen die Steuern für fünf Jahre und befreite die Jungen von der »Knabenlese«, d.h. christliche Jungen wurden nicht mehr von ihren Familien getrennt und zu osmanischen Soldaten ausgebildet. Am 1. Januar 1523 verließen die verbliebenen 180 Ordensritter mit mehr als 4000 Stadtbewohnern auf etwa 50 Schiffen Rhodos – nach

213 Jahren auf der Insel. Außerdem verzichtete der Orden auf die Inseln Kos und Leros.

Damit waren die Johanniter erneut heimatlos geworden. Doch 1530 offerierte der katholische Kaiser Karl V. dem Orden die Inseln Gozo, Malta und den Hafen von Tripolis. Der Großmeister nahm das Angebot an und am 26. Oktober 1530 betraten die Ordensmitglieder ihre neue und fortan auch namensgebende Heimat Malta, auf der sie bis 1798 verblieben. Bis heute trägt der katholische Teil des Ordens den Namen Malteserorden. Seine militärische Funktion hatte er verloren, aber wie zu seiner Gründungszeit ist er im karitativen Bereich ein wichtiger Akteur geblieben – wobei der evangelische Zweig seit 1852 wieder unter dem Namen Johanniterorden firmiert.

Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Einsatz am ZMSBw.

Literaturtipps

Gregor Gatscher-Riedl und Ludwig Call, Weißes Kreuz auf rotem Grund. Der Malteserorden zwischen Mittelmeer und Mitteleuropa, Innsbruck/Wien 2021.

Karin Schneider-Ferber, Ritter im Exil. Die Geschichte der Johanniter, Darmstadt 2016.

Die (drei) Musketiere der Garde

Wer kennt sie nicht, die drei Musketiere! Doch was ist der historische Hintergrund? Ende November oder Anfang Dezember 1622 gründete der französische König Ludwig XIII. eine neue Gardeeinheit: die Musquetaires de la Garde (Musketiere der Garde). Sie ging aus einer bisher mit Karabinern bewaffneten Truppe hervor, die fortan mit den namensgebenden Musketen bewaffnet war. Obwohl die Muskete zu Fuß abgefeuert wurde, war die Gardetruppe beritten. Ihre Aufgabe war der Schutz des Monarchen außerhalb des Schlosses. Im Gegensatz zu den regulären Musketieren der Armee waren die Gardemusketiere an blauen, silberbestickten Überwürfen, den Kasacks, zu erkennen. Die Einheit begleitete den König auch auf Feldzügen und wurde dort als Eliteeinheit eingesetzt. Mit dem Tod Ludwig XIII. wurde die Truppe 1643 aufgelöst. Nach der Niederschlagung der Aufstände der Fronde (1648–1653) stellte

Ludwig XIV. die Gardemusketiere 1657 wieder auf. Sie existierten ohne Unterbrechung bis 1775. Bis zu ihrer endgültigen Auflösung 1815 bestanden sie aus zwei Kompanien, einer auf weißen und einer auf schwarzen Pferden, daher hießen sie entweder Musquetaires gris oder noirs. Der König selbst war Chef der Einheit. Geführt wurde sie deshalb offiziell nur von einem capitain-lieutenant (Vizehauptmann). Bei den Gardisten handelte es sich ausschließlich um Adelige, die ihre Ausrüstung selbst finanzieren konnten. Für die begehrten und prestigeträchtigen Funktionsstellen, wie der eines Fähnrichs, zahlten Familien zum Teil sechsstelligen Summen. Während die Musketiere in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts vor allem in Paris für die Sicherheit des Königs und repräsentative Aufgaben zuständig waren, wurden sie später auch in den vielen Kriegen Ludwigs XIV. und Ludwigs XV. eingesetzt.

Der Ruf dieser Gardeeinheit schlug sich auch literarisch nieder. 1700 erschienen die Memoiren des ehemaligen Musketiers Gatiens de Courtilz de Sandras unter einem Pseudonym als: *Mémoires de M. d'Artagnan*. Diese dienten Alexandre Dumas (1802–70) als Inspiration für sein Werk »Die drei Musketiere«, das ab 1844 als Fortsetzungsroman in der Zeitschrift *Le Siècle* gedruckt wurde. Schon 1845 erschien der erste von drei Romanen. Die fiktionalen vier Musketiere d'Artagnan, Aramis, Athos und Porthos haben anscheinend alle Vorbilder aus der Garde. Charles de Batz de Castelmoré d'Artagnan beispielsweise war seit 1667 capitain-lieutenant der ersten Kompanie. Er galt als tapferer Offizier, der das Vertrauen Ludwig XIV. besaß, und fiel am 25. Juni 1673 bei der Erstürmung des belagerten Maastrichts. Als d'Artagnan lebt er in der Fantasie vieler Romanleser und zahlreichen Verfilmungen weiter.

Christian Jentzsch



Barocke Pracht: Die Musketiere der schwarzen Kompanie werden auf ihren Rappen in der Ebene von Sablons besichtigt. Über dem roten Uniformrock werden die prächtig bestickten blauen Kasacks getragen. Ölgemälde aus dem Jahr 1729, zu sehen in Versailles.

28. Oktober 1922

Der Marsch auf Rom

Unter Führung des späteren »Duce del Fascismo« (Führer des Faschismus) Benito Mussolini verkündeten die italienischen Faschisten ab dem 27. September 1922 den »Marsch auf Rom«. Dabei bedienten sie sich der Angst der politisch polarisierten Bevölkerung und versprachen, die staatliche Ordnung wiederherzustellen. Diese war durch einen Generalstreik und Straßenkämpfe zwischen Faschisten und Sozialisten erschüttert worden.

In der Benennung lag der Versuch einer Legitimierung: Sie spielte auf den römischen Feldherrn Lucius Cornelius Sulla an (138–78 v.Chr.), der gleich zweimal mit seiner Armee auf Rom marschiert war, eine Diktatur errichtete und die Macht kurz vor seinem Tod erneut dem Senat übergab.

Als Generalprobe dieses Staatsstreiches hatte der Marsch auf Bozen vom 1./2. Oktober 1922 gedient. Der italienische Staat hatte nicht eingegriffen, als Faschisten gewaltsam die Italienisierung des nach dem Ersten Weltkrieg Italien zugesprochenen Südtirol eingeleitet hatten. Derart in ihrem Vorhaben bestärkt, besetzten die paramilitärischen »Schwarzhemden« ab dem 27. Oktober 1922 neuralgische Punkte Norditaliens, wie Verwaltungsgebäude, Kasernen und Polizeipräsidien. Zehntausende von ihnen versammelten sich vor den Toren Roms.

Italiens König Viktor Emanuel III. weigerte sich jedoch, das vorbereitete Notstandsdekret zu unterschreiben. Um einen Bürgerkrieg zu verhindern, ernannte er Mussolini am 31. Oktober



Benito Mussolini (vorne links) während des »Marschs auf Rom«, 1922.

1922 zum Ministerpräsidenten. Dieser errichtete sukzessive die erste faschistische Diktatur Europas.

Andreas Eichner

30. Dezember 1922

Gründung der Sowjetunion

Mit dem Sturz der erst wenige Monate alten ersten bürgerlichen Regierung Russlands im Zuge des später verklärend von den neuen Herrschern als »Große Sozialistische Oktoberrevolution« bezeichneten Putsches in der Hauptstadt Petrograd 1917 war die neue Macht noch lange nicht gewonnen, geschweige denn gesichert. Erst in mehr als drei Jahren Bürgerkrieg konnten die Bolschewisten um Staats-

gründer Wladimir Lenin einen Großteil des Territoriums des untergegangenen Zarenreichs unter ihre Herrschaft zwingen. Neben Sowjetrussland entstanden so de jure eigenständige Räterepubliken (Sowjet bedeutet übersetzt Rat) in der Ukraine, in Belarus und im Kaukasus. Erst Ende 1922 schlossen sich diese vier Republiken zur neuen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) zusammen. Zuvor hatte es hinter verschlossenen Türen einen Konflikt zwischen Lenin und Josef Stalin gegeben. Obwohl Letzterer gebürtiger Georgier war, plädierte er vehement für den Anschluss der drei anderen Staaten an Sowjetrussland – und damit für die umfassende Zentralisierung der Macht in Moskau. Lenin dagegen verfolgte ein offeneres Nationalitätenkonzept. Mit der Schaffung der UdSSR waren bis auf

Finnland, die drei Baltischen Staaten, Polen und Moldau wieder alle Gebiete des ehemaligen Zarenreichs in einem Staat unter Moskauer Führung (Die späteren fünf zentralasiatischen Teilrepubliken gehörten 1922 noch direkt zu Sowjetrussland). Die Republiken besaßen teilweise eigene Gesetze sowie Autonomie in Bildungs- und Kulturfragen. In der Außen- und Verteidigungspolitik hatte dagegen Moskau das Sagen. Vor allem aber: Die Verfassung der UdSSR (anders als die der USA) sah das Recht der Republiken auf Austritt aus der Union vor. Was unter der kommunistischen Diktatur als reine Papierformel ohne realistische Perspektive erschien, wurde zum Sprengsatz, der 1991 das Ende der Sowjetunion herbeiführen sollte.

Klaus Storkmann



Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin, und Josef Stalin in Gorki, 1922.

Menschlichkeit im Krieg

Die Entwicklung des Kriegsvölkerrechts und des humanitären Völkerrechts

Seit jeher gibt es die Kriegführung einschränkende Gebräuche und beginnend mit dem 19. Jahrhundert festgeschriebene Rechtsregeln. Aus dem Kriegsvölkerrecht wurde mit der Zäsur des Zweiten Weltkrieges sogar ein humanitäres Völkerrecht. Wie begannen humanitäre Erwägungen, das militärische Geschehen auf dem Schlachtfeld zu beeinflussen?

Von Henning de Vries



Schlacht von Solferino 1859: Das verursachte Leid dieser Schlacht rüttelte Europa auf. Doch dazu bedurfte es erst eines Buches, welches das Grauen der verwundeten und kranken Soldaten in die Stuben Europas trug. Das bewirkte die Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

Der russische Krieg gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 hat in Butscha und anderen Orten Massengräber hinterlassen. Die Angriffe gegen Zivilisten und zivile Einrichtungen werden als Kriegsverbrechen verurteilt. Mit so einem Urteil geht selbstverständlich die Annahme einher, dass es im Krieg humanitär – menschlich – zugehen soll. Wie kam es dazu, dass Kriegführung humanitäre Erwägungen beachten muss, und wie wurden daraus globale Regeln?

Gebräuche und ungeschriebene Regeln gab es bereits in der Antike. Zwischen den griechischen Stadtstaaten (poleis) galt der Bogen um das 6. Jahrhundert vor unserer Zeit als hinterlistige Waffe, auf die in bewaffneten Auseinandersetzungen verzichtet werden sollte. Seitdem hat die christliche Moral nach dem Beginn unserer Zeitrechnung die Ethik auf dem Schlachtfeld beeinflusst und ist bis heute in der Friedensethik präsent. Das Niederschreiben und Vereinbaren rechtlicher Regeln begann trotz der Vorarbeiten von weltlichen Gelehrten, wie dem als Vater des Völkerrechts geltenden Hugo Grotius (1583–1645), erst im 19. Jahrhundert.

»Eine Erinnerung an Solferino«

Ein Ursprung für die Entwicklung des humanitären Völkerrechts liegt in der Schlacht von Solferino 1859 während

des Sardinischen Krieges. Der aus Genf stammende Henri Dunant (1828–1910) war wegen geschäftlicher Angelegenheiten in Norditalien. Am 24. Juni 1859 hielt er sich in der Nähe Solferinos auf. An diesem Tag trafen dort österreichische auf piemontesische und französische Truppen. Das Kaisertum Österreich versuchte, seine Kontrolle über Norditalien zu wahren. Allerdings verlor Österreich die Schlacht und schließlich auch den Krieg, der den Weg zur italienischen Einigung bereitete. Auf dem Schlachtfeld blieben die Verwundeten unversorgt zurück. Dunant brach seine Geschäftsreise in Anbetracht des Leids der Zurückgelassenen ab und kümmerte sich stattdessen um sie.

Drei Jahre später veröffentlichte er »Eine Erinnerung an Solferino«. Das Buch wurde in ganz Europa gelesen und löste einen Schock über die miserable ärztliche Versorgung der Soldaten aus. In Genf gründete Dunant zusammen mit Anderen im Februar 1863 das Internationale Komitee der Hilfsgesellschaften für die Verwundetenpflege. Seit 1864 trägt diese Organisation den Namen Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK).

Der politische Schock in Folge von Dunants Bericht ermöglichte 1864 die erste Genfer Konvention. An der vom IKRK organisierten Konferenz nahmen 16 Staaten teil, wovon zwölf die Konvention unterschrieben. Die Erstunterzeich-

ner waren allein europäische Staaten. Die USA traten dem Abkommen erst 1882 bei.

Trotz dieser begrenzten Reichweite der Genfer Konvention sah sie doch erstmals eine Pflicht zur Pflege der Verwundeten und Kranken vor. Gleichzeitig sollten das Personal und die Einrichtungen geschützt werden, die diese Pflege leisteten. Mit dieser Vereinbarung entstand eine erste rechtlich festgehaltene Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten, die für das humanitäre Völkerrecht ein Grundsatz wurde. Aller Verpflichtung der Staaten zum Trotz brachen preußische und französische Truppen die Genfer Konvention im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, indem sie den Schutz der Verwundeten, des Pflegepersonals und der Zivilbevölkerung nicht gewährleisteten.

Lehren aus dem amerikanischen Bürgerkrieg

Dieses Verhalten entsprach dem damaligen Verständnis militärischer Notwendigkeit, das nicht zwingend durch humanitäre Erwägungen beschränkt werden sollte. Mit dem Prinzip militärischer Notwendigkeit setzte sich Francis Lieber während des amerikanischen Bürgerkrieges (1861–1865) auseinander. Er schuf gemeinsam mit einigen Offizieren den »Lieber Code« als Dienstanweisung für die Unionstruppen. Lieber formu-



Beweise aus dem Ersten Weltkrieg 1914–1918: Teilmantelgeschosse, sog. Dum-Dum-Geschosse, der britischen Armee, Munition für Maschinengewehre, gefunden in einem Unterstand bei Margival (Aisne, Frankreich), Westfront.

lierte nur vage Grenzen für das Prinzip militärischer Notwendigkeit. Dagegen stellte er heraus, dass Kriege im Sinne der Humanität schnell und mit aller Härte geführt werden sollten, um unnötiges Leiden zu vermeiden. Er gab zu diesem Zweck soldatischem Verhalten die Lizenz zu gewaltsamer Grausamkeit, die jedoch von den kommandierenden Offizieren begrenzt werden konnte und sollte. Diese Regularien erweckten nicht den Eindruck, dass sie humanitäre Erwägungen zur Beschränkung des Prinzips militärischer Notwendigkeit einführten. Jedoch bildete der »Lieber Code« zusammen mit dem Schock über die Berichte zur Schlacht von Solferino und die daraus entstandene Genfer Konvention den Grundstein für die weitere Entwicklung des Völkerrechts.

Petersburger Erklärung

In dieser Hinsicht ist die Petersburger Erklärung von 1868 hervorzuheben. Die russische Armee und andere europäische Staaten verwendeten Munition, die sich beim Auftreten auf eine harte Oberfläche verformte – auch Dum-Dum Geschoss genannt. Diese Projektile verursachten größere Wunden. Unter Zar Alexander II. von Russland sollte diese Munition nicht mehr verwendet werden. Daher lud er zu einer internationalen Konferenz. Tatsächlich gelang die Einigung. Es handelte sich um die erste Einschränkung von Waffentechnik aufgrund humanitärer Erwägungen. Über die tatsächliche Einigung hinaus ist die Präambel der Petersburger Erklärung beachtenswert. Sie setzt zum ersten Mal das Prinzip militärischer Notwendigkeit in Beziehung zur Vermeidung unnötigen Leids. Unnötiges Leid sollte damit aktiv vermieden und nicht im Sinne der Notwendigkeit in Kauf genommen werden.

Das 19. Jahrhundert zeichnet sich durch eine hohe Aktivität rechtlicher Regelssetzung im Krieg aus, auch wenn diese erst langsam auf dem Schlachtfeld Anwendung fand. Weitere herausragende Ereignisse waren die Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907. Zar Nikolaus II. setzte seine Bemühungen zur Begrenzung militärischer Gewalt fort.

Ein Ziel der Haager Friedenskonferenzen war eine verbindliche Schlichtung zwischenstaatlicher Streitigkeiten. Ein permanenter Schiedsgerichtshof sollte eingerichtet werden, um über Streitfälle zu entscheiden. Das wäre eine grundlegende Beschneidung des *ius ad bellum* –

»Nach der Auffassung der hohen vertragschließenden Teile sollen diese Bestimmungen, deren Abfassung durch den Wunsch angeregt wurde, die Leiden des Krieges zu mildern, soweit es die militärischen gestatten, den Kriegführenden als allgemeine Richtschnur für ihr Verhalten in den Beziehungen untereinander und mit der Bevölkerung dienen«.

Präambel des IV. Haager Abkommens

des Rechts zum Krieg – gewesen. Darauf konnten sich die Teilnehmer jedoch nicht einigen. Besonders vehement lehnte die deutsche Delegation diesen Vorschlag ab.

Auf dem Feld des *ius in bello* – des Rechts im Krieg – konnten allerdings während der Konferenzen Erfolge erzielt werden. Die Haager Landkriegsordnung (HLKO) entstand und hält bis heute den Unterscheidungsgrundsatz zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten verbindlich fest. Darüber hinaus legte die HLKO eine Liste von expliziten

Verboten vor und ging damit weit über die bisherigen Einigungen und Erklärungen hinaus.

Nur fünfzehn Jahre später brachen die Vertragsstaaten Teile dieser Vereinbarungen im Ersten Weltkrieg. Obwohl sich Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich-Ungarn auf das Verbot von Giftgas in Den Haag geeinigt hatten, hinderte sie dies nicht daran, es anzuwenden. Das Deutsche Reich eskalierte mit Angriffen auf zivile Schiffe durch U-Boote die Lage in diesem Krieg weiter, nachdem das Vereinigte Königreich eine völkerrechtswidrige Seeblockade verhängt hatte. Der Einsatz von U-Booten war noch in keinem Abkommen reguliert worden. Dies geschah erst mit dem Londoner Flottenabkommen von 1930, das U-Boote den gleichen Regeln wie Kreuzer im Hinblick auf den Umgang mit zivilen (Handels-)Schiffen unterwarf.

Neustart mit den Genfer Abkommen?

Den Horror des Ersten Weltkrieges überstieg der Zweite Weltkrieg. Das nationalsozialistische Deutschland brach mit seinem Vernichtungskrieg das bis dahin erarbeitete *ius in bello*.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begannen die Staaten mit dem Aufbau einer internationalen Friedens- und Rechtsordnung. Diese umfasst zum einen ein generelles Gewaltverbot in der Charta der Vereinten Nationen von 1945 und zum anderen mit vier neuen Genfer Abkommen von 1949 das humanitäre Völkerrecht. Der Begriff des Krieges wird in diesen Verträgen nicht mehr verwendet, stattdessen gilt das humanitäre Völkerrecht in bewaffneten Konflikten. Alle Staaten haben die Genfer Abkommen unterzeichnet. Das in ihnen verankerte Recht gilt universell und damit unabhängig von der Unterzeichnung.

Die vier Genfer Abkommen beinhalten gemeinsame Artikel, die allgemeine Regeln des humanitären Völkerrechts festlegen. Der gemeinsame Artikel 3 weitet die Geltung der Abkommen über bewaffnete Konflikte mit internationalem Charakter (Staat gegen Staat) auf

Das Rote Kreuz im Einsatz:
Abtransport eines Verletzten
aus einem Krisengebiet.



Bürgerkriege und andere Konstellationen ohne internationalen Charakter aus. Die vier Abkommen legen Schutzregularien für bestimmte Gruppen nach dem Unterscheidungsgrundsatz fest:

- I. Verwundete und Kranke der bewaffneten Kräfte im Felde,
- II. Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige der bewaffneten Kräfte zur See,
- III. Kriegsgefangene,
- IV. Zivilpersonen in Kriegszeiten.

Kriegsverbrechen

Seit der ersten Genfer Konvention von 1864 wird für den Bruch des Kriegsvölkerrechts und des humanitären Völkerrechts die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen gefordert. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zwar zu Verfahren gegen deutsche Soldaten vor dem Reichsgericht in Leipzig, allerdings sprachen die Richter die Angeklagten in der Regel frei. Erst die Nürnberger Prozesse und ihre Nachfolgeprozesse für die Verbrechen im Zweiten Weltkrieg haben eine internationale Strafverfolgung ermöglicht. Seitdem erfolgt die

Strafverfolgung von Kriegsverbrechen auch vor nationalen Gerichten. Mit dem Jahr 2002 hat der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag seine Arbeit aufgenommen und verfolgt weltweit Kriegsverbrechen. Im Statut des Gerichtshofs sind Kriegsverbrechen explizit als Bruch der Genfer Abkommen definiert.

Erfolgsgeschichte trotz Rückschläge

Das humanitäre Völkerrecht bedingt die Rules of Engagement (RoE). Die RoE regulieren den Einsatz militärischer Gewalt und beziehen sich dafür auf das humanitäre Völkerrecht. Jeder Einsatz der Bundeswehr ist durch das humanitäre Völkerrecht begrenzt. Jeder Soldat und jede Soldatin setzt den Einsatzauftrag innerhalb der RoE um. Die RoE können dabei weder das Recht auf Selbstverteidigung einschränken noch eine Verletzung des humanitären Völkerrechts autorisieren.

Trotz aller Rückschläge und humanitären Katastrophen in Kriegen und be-

waffneten Konflikten begrenzt das humanitäre Völkerrecht militärische Notwendigkeit auf immer umfassendere Weise. Auf dieser Grundlage erfolgen nun auch die Ermittlungen in der Ukraine wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen.

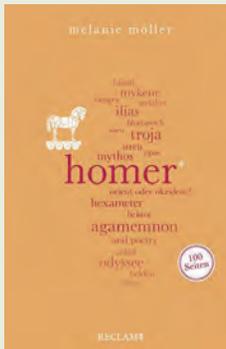
Dr. Henning de Vries ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZMSBw im Forschungsbereich Einsatz. Er forscht zur Soziologie des Völkerrechts – insbesondere des humanitären Völkerrechts und des Völkerstrafrechts.

Literaturtipps

Rainer Hofmann und Moritz Malkmaus, 70 Jahre Genfer Konventionen. Stand und Perspektiven des humanitären Völkerrechts, Berlin 2021.

Hans-Peter Gasser, Nils Melzer und Robin Geiß, Humanitäres Völkerrecht. Eine Einführung, Berlin 2020.

Bücher



HOMER

Auf exakt 100 Seiten begeistert die Altphilologin Melanie Möller für Homer, den berühmten Dichter der Ilias und der Odyssee, dessen Existenz ebenso nebulös wie seine Herkunft ist. Seine Epen erzählen vom Streben, der Beste zu sein, von Liebe, Verrat und Erbarmen. Sie blenden Gewalt nicht aus und sind Zeugnis früher Militärgeschichte. Unzählige Male seit ihrer Entstehung vor 2500 Jahren wurde die Geschichte des grollenden Achill vor den Toren des belagerten Troja und die Irrfahrt des Odysseus nacherzählt, umgestaltet und künstlerisch neu adaptiert.

Kundig nimmt Möller ihre Leserschaft auf literarisch-historische Spurensuche mit. Sie zeigt, dass Fragen nach Autorschaft, Realität, Deutungshoheit und Multikulturalität schon in der Antike heiß diskutiert wurden.

Eine lohnende und kurzweilige Lektüre mit klug ausgewählten Abbildungen und Infografiken!

Esther Geiger

Melanie Möller, Homer. 100 Seiten, Stuttgart 2022. ISBN 978-3-15-020590-7, 100 S., 10,00 Euro



Der Malteserorden

Der heutige Name verrät die lange Geschichte und die vielen Aufgaben: Souveräner Ritter- und Hospitalorden vom Hl. Johannes zu Jerusalem, genannt von Rhodos, danach von Malta. Er ist besser bekannt als Malteserorden.

Seine Mitglieder kümmerten sich zunächst um Pilger auf dem Weg von und nach Jerusalem. Der Schutzgedanke erweiterte die Aufgaben militärisch zu Lande: der Ordensritter zu Pferd. 1291 wichen sie zunächst nach Zypern, später nach Rhodos aus und vertauschten Sporen mit Seestiefeln: Die Ordensflotte entstand. Nach dem Fall von Rhodos 1522 war bis 1798 Malta der Sitz des nun »Malteser« genannten Ordens.

Das Buch erzählt, unterlegt mit vielen Fotos, sehr spannend und detailreich die Geschichte des Ordens und seine Strukturen. Dessen Bauten finden sich im Nahen Osten, auf Zypern, Rhodos und Malta, aber eben auch in Österreich. Seine Hospitäler galten als wegweisend. Cervantes und Schiller schrieben über ihn. Ein vielschichtiges Buch!

Harald Potempa

Gregor Gatscher-Riedl/Ludwig Call, Weißes Kreuz auf rotem Grund. Der Malteserorden zwischen Mittelmeer und Mitteleuropa, Innsbruck, Wien 2021. ISBN 978-3-7022-3877-3, 279 S., 29,95 Euro



Türken vor Wien

Den Balkan nahmen sie im Sturm, Konstantinopel eroberten sie 1453 und Ungarn 1528: die Truppen der Sultane aus dem Hause Osman. Zeitgenössisch wurden sie als »Türken« bezeichnet. Tatsächlich waren viele der Soldaten weder türkisch noch muslimisch. Zwei Mal standen sie vor Wien: 1529 und 1683.

Diese beiden Belagerungen aber bilden nur einen kleinen Teil des Buches. Es erzählt vielmehr die lange Geschichte der Konflikte zu Lande und zur See, aber auch der friedlichen Kontakte zwischen dem Osmanischen Reich und den europäischen Staaten.

Es macht die Veränderungen in den Habsburger Landen zwischen 1529 und 1683 deutlich. Der nur für den Krieg geworbene Landsknecht mit Pike war der stehenden Armee mit Salvenfeuer gewichen. Ab 1683 setzten Habsburgs Truppen nach und eroberten Ungarn und Teile Südosteuropas zurück. Die Türkenfurcht Luthers 1529 war der Türkenfaszination Mozarts oder Goethes gewichen. Am Ende stand der »kranke Mann am Bosphorus.«

Harald Potempa

Klaus-Jürgen Bremm, Die Türken vor Wien. Zwei Weltmächte im Ringen um Europa, Darmstadt 2021. ISBN 978-3-8062-4132-7, 462 S., 29,00 Euro



Deutsche Kolonien

Wussten Sie, dass das erste deutsche Kolonialunternehmen ein privates Projekt in Venezuela war? Mit 281 Männern ging Ambrosius Alfinger 1529 an der dortigen Küste an Land. Ein Jahr zuvor hatte Kaiser Karl V. Venezuela der Augsburger Händlerfamilie Welser als Lehen zugesprochen. Auch kaum bekannt: 1680 gründeten kurbrandenburgische Seeleute an der Küste des heutigen Ghana eine Kleinkolonie um die Festung Groß-Friedrichsburg; 1717 wurde sie verkauft. Erst mehr als 150 Jahre später kehrten Deutsche nach Afrika zurück, das Deutsche Reich erklärte 1884/85 Togo und das südliche Ghana sowie u.a. Kamerun und Deutsch-Südwestafrika zu »Schutzgebieten«. Der Band zeichnet mit kritischen Rückblicken, Interviews und persönlichen Erinnerungen vielseitig und kurzweilig die deutsche Kolonialgeschichte nach. Ob in den Kolonien das gleiche Recht für alle galt, wird ebenso beantwortet wie die Frage, ob Sansibar gegen Helgoland »getauscht« wurde.

Klaus Storkmann

»Deutschland, deine Kolonien«. Geschichte und Gegenwart einer verdrängten Zeit. Hrsg. von Eva-Maria Schnurr und Frank Patalong, München 2022. ISBN 978-3-421-07002-9, 252 S., 22,00 Euro

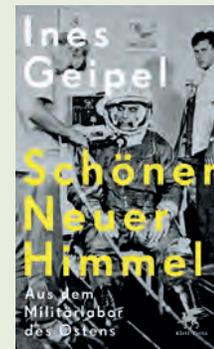


NATO-Planungen

Die NATO konzentriert sich aktuell wieder auf ihren Hauptauftrag, die Landes- und Bündnisverteidigung. Welcher Aufwand dafür bis 1989 betrieben wurde, zeigen die Ergebnisse der jahrzehntelangen Forschung Gerd Boliks. Anhand verfügbarer General Defense Plans zeichnet er akribisch die Operationspläne für zwei NATO-Kommandobereiche bis auf Korps-Ebene nach. Anhand zahlreicher Karten und Skizzen kann der Leser nachvollziehen, wie auf einen Großangriff des Warschauer Paktes reagiert worden wäre und wie sich im Laufe der Jahre der »Vordere Rand der Verteidigung« immer weiter an die innerdeutsche Grenze verschob. Nur erahnen kann der Leser, welche Dimensionen diese Planungen hatten. Alleine die Truppenstärken in Europa in den 1980er Jahren von insgesamt über 12 Millionen Soldaten, rund 70 000 Kampfpanzern und über 50 000 Artilleriegeschützen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges sind heute kaum mehr vorstellbar.

Helmut Hammerich

Gerd Bolik, NATO-Planungen für die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland im Kalten Krieg, Berlin 2021. ISBN 978-3-9677-6021-7, 216 S., 34,80 Euro



Doping als Systemwettstreit

Ines Geipel war bis 2018 Vorsitzende des Doping-Opfer-Hilfvereins, der für die Entschädigung von Sportlerinnen und Sportlern, die unwissentlich in der DDR gedopt wurden, kämpft. Ihr Buch stellt das staatlich unterstützte Doping im Leistungssport in einen größeren Zusammenhang. Der Kommunismus sollte nicht nur auf der Erde zur dominierenden Ideologie werden. Der Wettstreit der Systeme in Ost und West erstreckte sich auch auf den Weltraum. Wie könnte man Mensch und Tier durch chemische Substanzen so manipulieren, dass der Lebensraum für alles Lebendige bis zum Mars reichen würde? Staat und Militär experimentierten heimlich an Menschen, die nicht freiwillig zur Verfügung standen. Geipel hat in zivilen und militärischen Archiven nach Akten gesucht, die es nach 1989 eigentlich nicht mehr geben sollte. Die Papiere belegen lange vertuschte Eingriffe in die Menschenwürde, die großes Leid verursacht haben.

Gabriele Bosch

Ines Geipel, Schöner Neuer Himmel. Aus dem Militärlabor des Ostens, Stuttgart 2022. ISBN 978-3-608-98429-3, 288 S., 22,00 Euro

Medien

Top Gun: Maverick

Paramount Pictures (Universal Pictures Germany GmbH), FSK-12, Blue-ray/DVD: 16,89/15,49 Euro (ET: 3.11.2022)

» On March 3, 1969, the United States Navy established an elite school for the top one percent of its pilots [...] Today, the Navy calls it Fighter Weapons School. The flyers call it: TOP GUN.«

So führt Top Gun: Maverick nach 36 Jahren in das Sequel von Top Gun (1986) ein. Der Corona-Pandemie wegen mehrfach verschoben, begegnet dem Publikum der gealterte und inzwischen zum Captain beförderte Pete »Maverick« Mitchell. Er ist nun Testpilot eines Hyperschallflugzeuges. Befehlswidrig startet er den Prototyp, was letztlich in einer bildkräftigen Detonation mündet. In der Folge an seine alte Wirkungsstätte Top Gun versetzt, erhält er den Auftrag, junge Piloten für eine schwierige Mission auszubilden. Der Film enthält Reminiszenzen an den zuerst kontrovers beurteilten, aber unter Cineasten Kultstatus genießenden Vorgängerkultfilm. Da wäre etwa der verlagerte innere Konflikt Mavericks: Er trifft auf den Sohn von Nick »Goose« Bradshaw, seines im ersten Teil tödlich verunglückten besten Freundes. Abgesehen von der F-14 Tomcat taucht ebenfalls sein inzwischen zum Admiral beförderter ehemaliger Rivale wieder auf: Tom »Iceman« Kazansky.

Der Film zeichnet sich durch eine affektgeladene Bildsprache, teils brillante Kameraführung und etwas weniger Pathos als der Vorgängerkultfilm aus. Wer Tom Cruise auf seinem Weg vom wagemutigen Ikarus zum gereiften Helios begleitet, darf gewiss sein, dass der Film dem Anspruch auf Unterhaltung mit epochaler Wucht gerecht wird.

Andreas Eichner

Der gotische Feldharnisch – wie der Ferrari zu seinem Namen kam

<https://www.youtube.com/watch?v=EaZ13GkHhFM>

Ein neuer Ferrari – dem entsprach sie nach heutiger Währung: die 500 Jahre alte gotische Prunkrüstung für Ross und Reiter aus Landshut nebst Pferd.

Warum das so war, erklärt das Deutsche Historische Museum (DHM) in Berlin in einem Video mit Detailaufnahmen und Kommentar. Dieses ist Teil einer ganzen Serie von Kurzfilmen, in denen das DHM seine Exponate vorstellt.

Karl Valentin brachte es auf die Formel: »So ein früherer Rittersmann hatte so viel Eisen an, die meisten Ritter, i muaß sagn, hat deswegn der Blitz daschlag.« Über die zweite Passage kann gestritten werden, die erste aber ist wahr, er trug viel Eisen (lat. ferrum). Der italienische Name Ferrari heißt zu Deutsch Schmied, kann aber auch mit Plattner bzw. »Beschläger« übersetzt werden, und genau

dieser Spezialist hatte mit der Rüstung viel Handarbeit. Dutzende von Einzelteilen für Ritter und Pferd mussten nach Maß angefertigt, angepasst und funktionsfähig gemacht werden: Helm, Brustpanzer, Arm- und Beinschienen, Schuhe mit Sporen sowie die Panzerung für den Pferderücken und den Pferdeleib. Schließlich sollte weder beim Turnier noch im Kampf irgendein Körperteil ungeschützt vor gegnerischen Schwert-, Streitaxt- oder Morgensternhieben bleiben. Zudem waren es besonders kräftige, ausdauernde, gut trainierte und teure Pferde, die die Last des Ritters und des Rosspanzers tragen konnten. Natürlich gab es auch »arme Ritter«. Die Prunkrüstung war für Vornehme, sogar die Mode der Gotik spiegelte sich darin – ein Ferrari eben.

Harald Potempa



Glanzvolle Ära: Ein gotischer Plattenharnisch für Ross und Reiter. Als Original im Deutschen Historischen Museum in Berlin zu bestaunen.

Ausstellungen

Bitte informieren Sie sich bei den einzelnen Veranstaltern, wann und in welchem Umfang die Ausstellungen geöffnet sind. Wir empfehlen Ihnen, auch das bereitgestellte mediale Angebot der einzelnen Einrichtungen zu nutzen.

Bad Neuenahr-Ahrweiler

**Dokumentationsstätte
Regierungsbunker**
Am Silberberg o
53474 Bad Neuenahr-
Ahrweiler
Tel.: 02641 / 9117053
www.regbu.de
Samstags, sonntags und an
Feiertagen
10.00 bis 16.30 Uhr
Mittwochs
12.00 und 14.00 Uhr ohne
Vorankündigung.
Eintritt: 12,00 Euro
Ermäßigt: 10,00 Euro
Kinder ab 8 Jahren:
5,00 Euro / Schüler
13–16 Jahre: 7,00 Euro

Berlin

**Alliierte in Berlin – das
Architekturerbe
Fotografien von Mila
Hacke**
MHM Flugplatz Berlin-
Gatow
Am Flugplatz Gatow 33
14089 Berlin
Tel.: 030 / 46872601
www.mhm-gatow.de
Bis 31. Januar 2023
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: frei

Ingolstadt

**Verheizt – vergöttert –
verführt**
**Die deutsche Gebirgs-
truppe 1915 bis 1939**
Bayerisches Armeemuseum
Paradeplatz
485049 Ingolstadt
Tel.: 0841 / 9377-0
www.armeemuseum.de
Bis 31. Dezember 2022
Dienstag bis Freitag
09.00 bis 17.30 Uhr
Samstag bis Sonntag
10.00 bis 17.30 Uhr
Eintritt: 3,50 Euro
Ermäßigt: 3,00 Euro
Sonntags: 1,00 Euro

Rasdorf

**US Camp
Gedenkstätte Point Alpha**
Hummelsberg
136169 Rasdorf
Tel.: 06651 / 919030
www.pointalpha.com
Bis 31. Dezember 2022
April bis Oktober
10.00 bis 16.30 Uhr
November
10.00 bis 16.30 Uhr
Dezember: Dienstag bis
Sonntag 10.00 bis 16.30 Uhr
Eintritt: 8,00 Euro
Ermäßigt: 6,00 Euro



Torgau

**Spuren des Unrechts
Dokumentations- und
Erinnerungszentrum (DIZ)**
Torgau
Schloss Hartenfels
Schlossstraße 27
04860 Torgau
Tel.: 03421 / 773468
www.diz-torgau.de
täglich
April bis Oktober
10.00 bis 18.00 Uhr
November bis März
10.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: frei

Trier

**Landesaussstellung
»Der Untergang des
Römischen Reiches«**
Rheinisches Landesmuseum /
Museum am Dom / Stadt-
museum Simeonistift
54290 Trier
Tel.: 0651 / 9780814
www.untergang-rom-
ausstellung.de

Bis 27. November 2022
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Kombiticket
Eintritt: 22,00 Euro
Ermäßigt: 19,00 Euro
Kinder unter 7 Jahren: frei

Wilhelmshaven

1910 Crew. Macht. Karriere
Südstrand 125
26384 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 400840
www.marinemuseum.de
Bis 6. November 2022
täglich
April – Oktober
10.00 bis 18.00 Uhr
November – März
10.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 14,00 Euro
Ermäßigt: 8,00 Euro
Soldatinnen und Soldaten in
Uniform oder mit Dienstaus-
weis: frei

Der besondere Tipp

Nach Verbot wieder ein Bestseller: »Maus«

Nur selten erreichen bildungspolitische Entscheidungen anderer Länder hierzulande mediale Aufmerksamkeit. Über das Verbot des berühmten Holocaust-Comics »Maus« von Art Spiegelman als Schullektüre in McMinn County im US-Bundesstaat Tennessee zu Beginn des Jahres 2022 berichteten verschiedene Medien jedoch längere Zeit. Zur Begründung gab die Schulbehörde Bedenken wegen der Sprache, Gewaltszenen und Nacktdarstellungen an. Das Buch wurde bislang im Geschichtsunterricht der 8. Klasse eingesetzt. Das Gremium kritisierte etwa den Gebrauch des Wortes »bitch« und die Darstellung von gehinkten Juden im Ghetto.

Spiegelman erzählt in den 1986 und 1991 erschienenen Bänden seine Familiengeschichte. Seine Eltern, Juden aus Polen, überlebten den Holocaust, während die meisten Familienangehörigen und Freunde umkamen. Nach dem Kriegsende 1945 konnten die Eltern über Schweden in die USA auswandern. Die traumatischen Erfahrungen blieben und belasteten das Familienleben nachhaltig. 1968 beging seine Mutter Suizid.

Geschicht nutzt Spiegelman, selbst in der Nachkriegszeit geboren, comictypische Mittel der Verfremdung. Die Protagonisten werden als Tierfiguren dargestellt: Juden als Mäuse, Deutsche als jagende Katzen. Dadurch schafft er einen Raum, der die Unmenschlichkeit des Geschehens und die daraus resultierenden Folgen in seiner vollen Brutalität zum Ausdruck bringt.

Mit »Maus« hat Spiegelman Comic-Geschichte geschrieben und das Genre für »ernste« Themen geöffnet. Er selbst wertet die Streichung des Comics aus dem Lehrplan als Zeichen für den zunehmenden Zensurdruck in den USA.



Das Verbot des mit dem Pulitzerpreis ausgezeichneten Werks führte allerdings dazu, dass es wieder ein Bestseller wurde. »Maus« schafft das, was anderen Publikationen zum Thema nicht immer gelingt: Die Graphic Novel weckt eine Unmittelbarkeit des Geschehens, die umso mehr an Bedeutung gewinnt, da es kaum noch Zeitzeugen gibt. Wie wichtig fiktionale Literatur über den Holocaust ist, zeigt »Maus« auch mehr als 30 Jahre nach der Erstveröffentlichung. Der Comic lädt immer noch Leserinnen und Leser ein, sich kritisch mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und über die eigene Rolle im Umgang mit Geschichte und die daraus resultierende Verantwortung nachzudenken. Das macht ihn zu einem geeigneten Medium für die historisch-politische Bildung.

Esther Geiger

Art Spiegelman, Die vollständige Maus, übers. von Christine Brinck und Josef Joffe, Frankfurt a.M. 2008. Ders., MetaMaus, übers. von Andreas Heckmann, Frankfurt a.M. 2012 (Material- und Interviewband)

Impressum

Herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr durch Oberst Dr. Sven Lange und Oberst Dr. Uwe Hartmann (V.i.S.d.P.)

Verantwortlich für die akt. Ausgabe:
Hauptmann Andreas Eichner M.A.
Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch

Redaktion:
Hauptmann Andreas Eichner M.A.
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.
Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch
Oberstleutnant Dr. Harald Potempa
Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann
Dr. Henning de Vries
Major Dr. Dennis Werberg

Leiter Fachbereich Publikationen:
Dr. Christian Adam
Bildredaktion: Esther Geiger
Lektorat: Björn Mielbrandt
Karten: Dipl.-Ing. Bernd Nogli
Layout: Carola Klinke

Anschrift der Redaktion:
Redaktion »Militärgeschichte«
ZMSBw
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBwRedaktionMilGeschichte@
bundeswehr.org
Homepage: www.zms.bundeswehr.de

© Titelbild: ullstein bild - Photo12 (Lockheed U2)

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitige Vervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten.

Für das Jahresabonnement gilt aktuell ein Preis von 15,00 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Ende eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:
ZMSBw
z.Hd. Frau Christine Mauersberger
Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam
Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 507
E-Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

© 2022 für alle Beiträge beim ZMSBw

Druck: Druckhaus Plagge GmbH
An der Feuerwache 7, 49716 Meppen
E-Mail: info@druckhaus-plagge.de

ISSN 0940-4163

Geschichte der Luftraumüberwachung

Hachenberg-Kaserne, Erndtebrück

In Erndtebrück wird seit 60 Jahren die Luftraumüberwachung gesteuert und der Nachwuchs des Radar- und Einsatzführungsdienstes der Luftwaffe ausgebildet. Die Luftraumüberwachung soll Überraschungen aus der dritten Dimension verhindern und steuert die Gegenwehr. Schnell und genau muss erfasst, dargestellt und bewertet werden, wer oder was sich im Anflug auf den deutschen Luftraum befindet. Daraus resultieren dann weitere Schritte: Geschulte Augen prüfen die Flugobjekte, veranlassen Schutz- und Flugabwehrmaßnahmen oder leiten Abfangjäger zu ihren Zielen.

Die Sammlung zeigt mithilfe von Originaldokumenten, authentischen Inszenierungen und Großobjekten die Entwicklung der Luftraumüberwachung seit dem Ersten Weltkrieg. Was zunächst von Luftraumbeobachtern in Flugwachen mit »Auge und Ohr« geleistet wurde, übernahmen später leistungsstarke Rechner, Radargeräte und Sensoren. Die Ausstellung informiert über die technischen Entwicklungen, aber auch über die menschlichen und soldatischen Herausforderungen hinter den »Bildschirmen« – denn: Die integrierte NATO-Luftraumüberwachung erfordert ganzjährig eine 24-stündige Einsatzbereitschaft.



Bundeswehr/Daniel Heinene



Hachenberg-Kaserne
Grimbachstraße 38
57339 Erndtebrück
02753 - 604 4178
EinsFueBer2MGS@bundeswehr.org

Publikationen des ZMSBw



Friederike C. Hartung
Ein Dach über Europa.
Politische Symbolik und militärische Relevanz der deutschen bodengebundenen Luftverteidigung 1990 bis 2014, Berlin, Boston: De Gruyter 2022 (= Beiträge zur Militärgeschichte, 81), X, 340 Seiten, 39,95 Euro, ISBN 978-3-11-079876-0



Julia Katharina Nordmann
Das vergessene Gedenken
Die Trauer- und Gedenkkultur der Bundeswehr, Boston: De Gruyter 2022 (= Beiträge zur Militärgeschichte, 80), VII, 515 Seiten, 51,95 Euro, ISBN 978-3-11-078400-8

ZUGEHÖRT! Der Podcast des ZMSBw



Folge 43: Landes- und Bündnisverteidigung

Seit der völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim durch Russland steht für die Bundeswehr die »Landes- und Bündnisverteidigung« im Fokus. Damit verbunden sind vielfältige und komplexe Herausforderungen an unsere Streitkräfte. Was bedeutet das für die Bundeswehr? Welche Fähigkeiten muss sie haben, um die geforderte »Kaltstartfähigkeit« zu erreichen? Und wie wurde die »Landes- und Bündnisverteidigung« im Kalten Krieg vorbereitet und organisiert?